

ÖKOSTEUERNEWS 15 – NOVEMBER 2002

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCHEN STEUERREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V. GREEN BUDGET GERMANY

Briener Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>
Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 foes@foes-ev.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 37 40).

*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung
privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	1
2.	ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND	3
3.	ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL	16
4.	BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE	22
5.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN	24
6.	BUCHBESPRECHUNG: „DER KLIMA-GAU“	29
7.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	30
8.	KURZMELDUNGEN.....	31
9.	SERVICE: JOBS.....	31
10.	SERVICE: LINKS	32
11.	SERVICE: VERANSTALTUNGEN.....	34
12.	FÖS: IN EIGENER SACHE	36

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Liebe Freunde der Ökosteuern und Leser des ÖSN,

fast hätten wir es völlig vergessen, aber Mario Meinecke, ehemaliger Geschäftsführer des FÖS, hat uns mit seinem Leitartikel daran erinnert: der FÖS hatte Geburtstag! Seine Geburtstagswünsche und kleine Rückschau auf acht Jahre FÖS finden Sie gleich im Anschluss.

Außerdem dreht sich in dieser Ausgabe natürlich einiges um den neuen Koalitionsvertrag und was er für die Ökosteuer bedeutet, sowie um das Gesetz zur Fortentwicklung der Ökosteuer. Dabei war der FÖS zum dritten Mal als Sachverständiger in den Bundestag-Finanzausschuss eingeladen. Da im Gegensatz zu den bisherigen Malen der Zeitplan diesmal sehr gedrängt war – das Hearing des Finanzausschusses fand ganze zwei Tage vor Beschließung des Gesetzes zur Fortentwicklung der ÖSR statt – fanden die gemachten Vorschläge nicht die Beachtung, die sie verdienen.

Daneben finden Sie in dieser Ausgabe eine Stellungnahme zur Einbeziehung des Luftverkehrs in die Mineralölsteuer oder in den Emissionshandel und einen Bericht über eine Tagung zum Emissionshandel in Loccum.

Matthias Seiche nimmt in der BUND-Rubrik Stellung zum neuen Ökosteuer-Gesetz und bewertet die einzelnen Punkte.

Außerdem berichten wir über relevante Entwicklungen in der ganzen Welt, Andreas Sauter stellt uns wieder ein Buch vor (diesmal ist es der „Klima-Gau“) und vieles mehr.

Nachdem uns einige Leser geschrieben haben, dass die Informationsfülle des Newsletters für sie nicht zu bewältigen ist, überlegen wir, zusätzlich eine vierteljährliche, elektronische Zusammenfassung zu erstellen. Diese könnten Sie dann alternativ zum Newsletter abonnieren. Bitte teilen Sie uns Ihre Meinung dazu mit (<mailto:foes@foes-ev.de>)!

Wie immer wünschen wir viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und Reaktionen!
Ihr FÖS-Team

Dem FÖS zum Achten

09.11.2002

Gestern wurde er acht – und kaum jemand hat es bemerkt. Ich muss zugeben, ich hatte es auch vergessen und wurde bei einem ganz anderen Ereignis wieder daran erinnert. Das Öko-Institut feierte in Berlin sein 25-jähriges Bestehen. Ein paar Jahre älter als der FÖS ist das Öko-Institut damit schon – und sein Geburtstag liegt drei Tage früher – am 5. November. Und doch sind beide in meinen Augen Brüder im Geiste: Unbequeme Fragen stellen, neue Themen und Inhalte aufgreifen, verteidigen, transportieren – und so mehrheitsfähig machen.

Wer kannte schon die Ökologische Steuerreform, als sich am 8. November 1994 im Bonner Hotel Königshof sieben Engagierte trafen, um einen „Förderverein Ökologische Steuerreform“ zu gründen. Ein Verein, ausschließlich um die Idee der Ökologischen Steuerreform zu transportieren? Klingt schon irgendwie skurril. Und doch hat es geklappt. Ziemlich genau vier Jahre nach Vereingründung besiegelte die frisch gewählte rot-grüne Koalition auf Bundesebene in ihrem Koalitionsvertrag die Einführung einer Ökologischen Steuerreform. Am 1.4.1999 trat dann die erste von vorerst fünf Stufen in Kraft – am 1.1. 2003 folgt die vorläufig letzte Stufe. Nicht alles war unbedingt so, wie sich die Gründungsväter eine Umsetzung vorgestellt hatten, aber mit dem Ergebnis ließ sich leben: Umweltverbrauch verteuern und gleichzeitig die Arbeitskosten durch Senkung der Lohnnebenkosten senken. Das war und ist die Grundidee. Klingt zwar nicht sonderlich sexy, macht aber Sinn. Warum sollen wir das hoch besteuern, was wir im Überfluss zur Verfügung haben, menschliche Arbeit, während natürliche Ressourcen bzw. Energie einen Preis haben, der nicht die ökologische Wahrheit sagt und so zur Verschwendung einlädt? „Kilowattstunden statt Menschen arbeitslos machen“ – am Ende doch sexy? Zumindest einleuchtend.

Knapp zwei Jahre hatte ich persönlich das Glück, aktiv im FÖS mitarbeiten zu dürfen. Es war nicht immer einfach, aber stets interessant. Wie überzeugt man jemanden von der Sinnhaftigkeit der Ökologischen Steuerreform, der davon gar nichts wissen will? Es bedurfte schon eines gehörigen Maßes an Überzeugungskraft, die Sinnhaftigkeit und Vorteile der Ökologischen Steuerreform immer und immer wieder zu erläutern – in Gesprächen mit Unternehmern, Industrieverbänden, Politikern und natürlich Bürgerinnen und Bürgern.

Diskutiert haben wir damals natürlich auch über den Tag „X“. Was passiert, wenn die Ökologische Steuerreform nun wirklich eingeführt wird? Sollte der Verein dann aufgelöst werden?

Die letzten vier Jahre haben – so denke ich – gezeigt, dass es gut war, nicht so zu verfahren. Auch heute

wissen noch viel zu wenig Menschen, was die Ökologische Steuerreform eigentlich ist. Höhere Stromkosten, „Autofahrer-Wut“ an den Tankstellen – ist das alles? Arbeit ist noch genug da.

Der FÖS hat es geschafft, einerseits weiterhin als Mahner für das Umsteuern gehört zu werden und andererseits durch das Zusammentragen positiver Beispiele für eine ökologische Steuer- und Finanzreform in Deutschland, Europa und darüber hinaus in einem regelmäßigen Newsletter zu demonstrieren: es geht. Wir müssen nur wollen.

Der Frosch ÖSR, in den Augen vieler oft als Kröte verschrien, entpuppt sich langsam als Prinz. Erste Erfolgsbeispiele werden sichtbar und langsam, sehr langsam dämmert es mehr und mehr Menschen, dass die Idee hinter der Ökologischen Steuerreform so dumm vielleicht doch nicht ist.

Ich wünsche dem FÖS bei seinen neuen Aufgaben für die Zukunft alles Gute, viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter sowie das nötige Quäntchen Glück. Auf dass wir in zwei Jahren den ersten runden Geburtstag feiern können.

Prof. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes, zitierte gestern beim Festakt zum 25jährigen Bestehen des Öko-Instituts einen simplen physikalischen Lehrsatz: „Aufsteigen kann man nur gegen den Wind“.

Wind ist genügend vorhanden. Guten Aufstieg!

Mario Meinecke

2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

Bundestag beschließt höhere Ökosteuer

Im Gesetz, dass der Deutsche Bundestag 14.11.02 beschloss, ist eine Besteuerung von Erdgas, Flüssiggas, schwerem Heizöl und von Nachtspeicherstrom vorgesehen. Das am 01.03.03 in Kraft tretende Gesetz soll Mehreinnahmen von jährlich rund 1,4 Milliarden Euro einbringen. Lesen Sie den Gesetzesentwurf der Fraktionen von SPD und Bündnis '90/Die Grünen unter <http://dip.bundestag.de/btd/15/000/1500021.pdf>

Für Geld tun die Leute alles – auch das Gute! - Stellungnahme des FÖS zur neuesten Fortschreibung der Ökosteuer beim Hearing des Bundestag-Finanzausschusses (12. November 2002)

Auf jeden ersten Blick erwecken die unter hohem Zeitdruck durchgeführten Veränderungen der Ökosteuer Gesetze von 1999 und 2000 nicht unbedingt den Eindruck eines durchdachten Reformwerks. Sie ordnen sich vielmehr ein in ein „Stakkato hektischer Einzelschritte“ (Süddeutsche Zeitung), das mehr von akuter Geldnot als langfristiger Reformkonzeption geprägt scheint.

Doch die hier vorliegenden Maßnahmen bilden – was die Ökosteuer und im weiteren Sinne das Konzept einer ökosozialen Finanzreform betrifft – trotz aller Schönheits- und Flüchtighkeitsfehler insgesamt Schritte in die richtige Richtung.

Aus Sicht des FÖS wirft allerdings der zeitgleiche Beschluss der Koalition, den Rentenversicherungsbeitrag von 19,1 auf 19,5 Punkte zu erhöhen, einen dunklen Schatten über die vom Gesetzesentwurf eingeleiteten Fortschritte. Diese Kostenerhöhung des Faktors Arbeit bedeutet eine enorme Erschwerung bei der Argumentation positiver Beschäftigungseffekte der Ökosteuerreform und gefährdet die Glaubwürdigkeit des bisher Erreichten. Viel schlimmer noch ist natürlich die damit verbundene Belastung der Beschäftigungspolitik insgesamt.

Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen im einzelnen:

Die **Halbierung der bisherigen Ermäßigung der Ökosteuersätze** für das produzierende Gewerbe um 80 Prozent ist ein wichtiger Schritt zum Abbau von Ausnahmen und zur Steigerung der Lenkungswirkung bei der Ökosteuer. Eine Belastung von 60 statt bisher 20 Prozent der für Endverbraucher geltenden Sätze erscheint zumutbar, da der Industriesektor bisher zu den Nettogewinnern der Ökosteuer gehörte. Aus Sicht der Natur macht es keinen Unterschied, ob Energieverbrauch in Privathäusern, Büros oder Fabriken erfolgt. Die Gesamtbelastung des Industriesektors im Steuer- und Abgabensystem sollte daher nicht durch Be-

vorzugungen bei der Ökosteuer, sondern im Rahmen der allgemeinen Unternehmensbesteuerung geregelt werden.

Die **Neufassung des so genannten Spitzenausgleichs** für besonders energieintensive Betriebe beseitigt einige Schwachstellen der alten Regelung, wirft aber zugleich ernsthafte neue Probleme auf. Positiv an der neuen Regelung ist unter anderem, dass kein 100-prozentiger Ausgleich mehr erfolgt, so dass die Lenkungseffekte auch für energieintensive Betriebe und Branchen zu greifen beginnen – wenn auch nach wie vor äußerst maßvoll. Energieintensive Betriebe zahlen jetzt 5 Prozent von 60 Prozent, also nur 3 Prozent der Regelsteuersätze!

Doch **zahlreiche Negativpunkte** machen die Regelung zur Achillesferse des Entwurfs:¹

- Insgesamt ist die Regelung nach wie vor sehr **bürokratisch** und intransparent gestaltet.
- Durch den Entfall des Korrekturfaktors (1,2) und die gleichzeitige Erhöhung der Sätze im gewerblichen Bereich droht ein drastischer Anstieg der Betriebe, die als „energieintensiv“ gelten und damit zu Begünstigten dieser Ausnahmeregel werden.
- Durch den Bezug auf die Rentenbeitragszahlungen des laufenden Jahres entstehen **negative Beschäftigungsanreize**. Wer weniger Mitarbeiter beschäftigt, muss tendenziell auch weniger Ökosteuern zahlen – das kann auf Dauer nicht gewollt sein!

Aus Sicht des FÖS muss die – von der EU ohnehin kritisch beäugte Ausnahmeregelung – möglichst rasch überarbeitet werden. Sie sollte nur für gleichzeitig energie- und wettbewerbsintensive Prozesse gelten, sie sollte lediglich die betriebliche Prozessenergie des betreffenden Unternehmens, nicht aber dessen Energieverbrauch in Büros oder Lagerhallen erfassen, und sie muss direkt an der Energieintensität – etwa als Prozentsatz der Wertschöpfung zu definieren – anknüpfen, statt indirekt über die Rentenbeiträge an der Beschäftigung.

Auf mittlere Sicht könnte es wesentlich sinnvoller sein, für besonders energie- und wettbewerbsintensive Bereiche **eine (möglichst europaweite) Zertifikateregelung** einzuführen.

Die **Erhöhung der Regelsätze** für Erdgas als Heizstoff und für Flüssiggas, bei gleichzeitiger Schonung von Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung und von GuD-Anlagen ist grundsätzlich zu begrüßen. Angesichts der moderaten Anpassungsschritte ist es aus Sicht des FÖS auch zu verschmerzen, dass die Erhöhung nicht in jährlichen Schritten erfolgt.

Der **schrittweise Abbau der Vorzugsregelungen für Nachtspeicherheizungen** ist ebenfalls zu begrüßen, zumal er mit einem Förderprogramm zur Umrüstung einhergeht.

Die vorgesehene Verwendung eines Teils des Mehraufkommens zur **Förderung energiesparender Altbausanierungen** ist zu begrüßen.

Besonders hervorzuheben ist die – noch nicht in einen Gesetzesentwurf eingeflossene – Zielsetzung, künftig auch den **Flugverkehr stärker mit seinen ökologischen Kosten** zu belasten. Hier könnte Deutschland eine wichtige Vorreiterrolle in Europa übernehmen.

Unter dem Strich ergibt sich ein Mehraufkommen von jährlich rund 1,4-1,5 Milliarden Euro (ab 2007 1,6-1,7 Mrd.), dem nur ein vergleichsweise geringer Mehraufwand von rund 150 Millionen Euro jährlich für Altbausanierung gegenübersteht. Durch die gleichzeitige Erhöhung der Rentenbeiträge wird dadurch das übergreifende Ziel: *Erhöhte Belastung des Energieverbrauchs, reduzierte Belastung des Faktors Arbeit* ganz erheblich in Frage gestellt. Gemessen am Ökosteuerausbau von 1999 bis 2003 – jährlich ca. 3,2 Mill. Euro – ist die einmalige Erhöhung um nur der Hälfte dieses Betrages für die nächsten Jahre sicher nicht ausreichend, um die notwendigen ökologischen Lenkungseffekte auszulösen.

Dennoch: Unter dem Strich tut die derzeitige Regierungspolitik aus akuter Finanzgutmüdigkeit allerlei Gutes für die Umwelt, doch mit der Rentenbeitragserhöhung leider auch Schlechtes für den Arbeitsmarkt. Es bleibt daher nur die Hoffnung, dass den im vorliegenden Gesetzesentwurf versammelten Maßnahmen weitere und konsequentere Schritte folgen – etwa bei der im Koalitionsvertrag vereinbarten Überprüfung der

1

In einem Schreiben an den Finanzausschuss des Bundestags legen wir unsere Einwände noch detaillierter dar. Auf Wunsch beim FÖS erhältlich.

Ökosteuersätze und bei der vorgesehenen Neuregelung der Lohnnebenkosten. Aus unserer Sicht sollte aber die **Überprüfung der Ökosteuersätze bereits 2003** erfolgen, um rechtzeitig die Weichen für eine Anschlussregelung an die ersten fünf Stufen der Ökosteuerreform zu stellen.

PS: Eines sollte bei jeder Kritik an den vorliegenden Ökosteuerfortschreibungen aber feststehen. Auch eine nicht lupenrein dem Ideal entsprechende Ökosteuer ist immer noch besser als eine Erhöhung der Mehrwertsteuern. Mehrwertsteuern sind Steuern ohne ökologischen Mehrwert, sie belasten den Konsum, der Ziel des Wirtschaftens ist, statt den Ressourcenverzehr, und sie wirken beschäftigungshemmend insbesondere im Handel und im Bereich der Endverbraucher-Dienstleistungen.

Neues Ökosteuergesetz: Konstruktionsfehler bei Spitzenausgleich führen zu ungewollter „Entlassungsprämie“ – Offener Brief des FÖS

Sehr geehrte Frau Scheel,

unsere insgesamt positive Bewertung des Entwurfs haben wir an anderer Stelle schon dargelegt. Doch nach Gesprächen im Anschluss an die gestrige Anhörung bleibe ich bei meiner Auffassung, dass insbesondere der **Spitzenausgleich fehlerhaft konstruiert** ist.

Schon vor vier Jahren stellte diese Regelung den größten Schwachpunkt des Ökosteuergesetzes dar. Damals konnte man sich noch auf den Zeitdruck berufen, der durch die Ablehnung der ursprünglich vorgesehenen Regelung in Brüssel entstand.

Wenn nun zum zweiten Mal eine Regelung mit erheblichen Konstruktionsfehlern getroffen würde – die diesmal einen viel größeren Kreis von Unternehmen betrifft – so wäre eine große Chance auf eine zugleich umwelt- und wirtschaftsverträgliche Neuregelung vertan.

Hier nochmals unsere wichtigsten Bedenken zum Spitzenausgleich:

Problem 1: Durch den Bezug auf das laufende Kalenderjahr entsteht ein **negativer Anreiz für sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze** im jeweiligen Betrieb. Denn die Rückvergütung fällt umso höher aus, je größer die Nettobelastung des Betriebes (Ökosteuer ./ Rentensparnis) ist. Mögliche Folgen sind

- Auslagerung von Funktionen (Fremdvergabe)
- Legale gesellschaftsrechtliche Manipulationen zur Steuervermeidung (zum Beispiel Ausgliederung aller Beschäftigten, die nicht direkt mit der energieintensiven Anlage zu tun haben).

Lösung: **Kurzfristig** ganz einfach: Statt auf das laufende Kalenderjahr sollte **Bezug auf das Jahr 2002** genommen werden. **Mittelfristig** kann eine saubere Abgrenzung energieintensiver Betriebe ohne perverse Incentives nur entweder an der **Energieintensität der Wertschöpfung** anknüpfen oder auf einer **Positivliste energieintensiver Prozesse** beruhen. Zugleich besteht im Rahmen einer EU-weiten Zertifikateregelung die Chance, die besonders energieintensiven Branchen noch viel wirksamer vor Wettbewerbsnachteilen zu schützen, ohne sie vom notwendigen Strukturwandel auszunehmen.

Problem 2: Die Ermittlung der Rentenbeitragsersparnis als Differenz zwischen historischem Beitragssatz 1998 (20,3 Prozent) und dem jeweils aktuellen Jahr führt dazu, dass Rentenfaktoren, die gar nichts mit der Ökosteuer zu tun haben, sich zugunsten oder zulasten der energieintensiven Betriebe auswirken. So würde zum Beispiel die vorgesehene Erhöhung der Beiträge auf 19,5 Prozent die Rentenbeitragsersparnis mindern und damit den Rückerstattungsanspruch erhöhen.

Lösung: Auch hier würde eine **ganz einfache Formeländerung** genügen. Statt Beitrag 1998 minus Beitrag aktuell könnte man

- Entweder den **Beitrag 2002** für die Differenzermittlung zugrunde legen (19,1 Prozent)
- Oder, noch einfacher, nicht mit einer Beitragsdifferenz (hier 1,2 Prozent) operieren, sondern einfach einen **bestimmten Prozentsatz der jeweils aktuellen Arbeitgeberbeiträge als Ökosteuer bedingte Rentenbeitragsersparnis definieren**, zum Beispiel 5,9 Prozent (= 1,2% / 20,3%) oder 6,3

Prozent (1,2% /19,1%).

Damit entfiere die komplizierte Differenzrechnung, die kein Mensch mehr versteht.

Problem 3: Die Kombination der Erhöhung der gewerblichen Ökosteuersätze von 20 auf 60 Prozent der Regelsätze mit der gleichzeitigen **Abschaffung des Ausgleichsfaktors 1,2** führt dazu, dass künftig schon Unternehmen in den Spitzenausgleich hinein „rutschen“, die **weniger als ein Drittel der dazu bisher erforderlichen Energieintensität** aufweisen.²

Lösung: Wiederum sehr einfach. Um eine weder finanzpolitisch noch umweltpolitisch zu rechtfertigende Explosion bei Zahl der antragsberechtigten Unternehmen zu verhindern, sollte der bisherige **Ausgleichsfaktor 1,2** mindestens **beibehalten, vielleicht sogar erhöht** werden.

Sehr geehrte Frau Scheel, liebe Mitglieder des Finanzausschusses –

bitte verzeihen Sie, dass wir wichtige Einwände und Vorschläge erst nach der gestrigen Anhörung vorbringen. Wir befürchten aber, dass eine wiederum mit glühend heißer Nadel gestrickte Veränderung des Spitzenausgleichs **keine Verbesserung, sondern bestenfalls eine Verschlimmbesserung** ergäbe, vielleicht sogar einen drastischen Anstieg der Zahl der von diesen Ausnahmeregeln begünstigten Unternehmen. Dies kann nicht der Sinn der beabsichtigten Fortentwicklung der Ökosteuer sein.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr Dr. Anselm Görres (Vorsitzender FÖS)

Abbau von Sonderregelungen in der Ökosteuer beschlossen

Die Regierungsfractionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD haben am 05.11.2002 das Gesetz zur Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform beschlossen. Die Steuervergünstigungen für Produzierendes Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft werden um rund 400 Mio. € deutlich verringert. Das ist ein deutlicher Schritt in die richtige Richtung – ökologisch fragwürdige Ausnahmen bei der Ökosteuer werden endlich abgebaut. Das haben wir immer gefordert [Bundestagsfraktion Bündnis '90/Die Grünen, A.d.R.].

Die ermäßigten Steuersätze für Strom, Gas und Heizöl werden von 20 auf 60% angehoben. Der Spitzenausgleich wird so reformiert, dass auch für energieintensive Unternehmen immer ein Anreiz zum Energiesparen verbleibt. Die Rückerstattung für energieintensive Betriebe wird künftig nicht mehr 100%, sondern nur noch 95% betragen. Damit bauen wir umweltschädliche Subventionen ab und verstärken die ökologische Lenkungswirkung im Hinblick auf Energieeinsparung und Klimaschutz.

Erdgas als Heizstoff wird zukünftig stärker besteuert als bisher, der Steuersatz steigt auf 5,5 Euro/MWh. Auch Flüssiggas und schweres Heizöl werden teuer. Nicht durchsetzen konnten wir uns mit der Forderung, auch leichtes Heizöl als Heizstoff in die Besteuerung mit einzubeziehen. Diese einseitige Verteuerung von Erdgas ist aus klimapolitischen Gründen problematisch, da bei der Verbrennung von Erdgas weniger CO₂ ausgestoßen wird als bei leichtem Heizöl. Immerhin konnten wir dafür sorgen, dass die Verteuerung von Erdgas nicht ganz so stark ausfällt wie ursprünglich geplant. Ausgenommen ist auf jeden Fall die Verwendung von Gas in der Stromerzeugung, wie in KWK- und GuD-Anlagen.

Bei der Verwendung des Aufkommens ist es ein wichtiger grüner Erfolg, dass zusätzlich 150 Mio. Euro pro Jahr in ein Programm zur Gebäudesanierung fließen. Damit wird die Energieeinsparung in den privaten Haushalten gefördert und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Im Rahmen der Verhandlungen konnten wir verhindern, dass kleine und mittlere Unternehmen schlechter gestellt werden: Der Sockelbetrag, bis zu dem der volle Ökosteuersatz zu entrichten ist, wird weiterhin bei rund 500 € liegen. Dies kommt vor allem dem Mittelstand zu gute, die Belastung verschiebt sich zu Lasten der großen Unternehmen. Darüber hinaus ist es uns gelungen, die Steuervergünstigungen für Gewächshäuser um weitere zwei Jahre zu verlängern.

Für Nachtspeicherheizungen wird es ab 1.1.2003 neue Regelungen geben: Der ermäßigte Satz der

²

Wir können nur hoffen, dass von den Autoren des Gesetzentwurfs die Auswirkungen wenigsten intern durch simuliert wurden – alles andere wäre unprofessionell.

Stromsteuer wird leicht erhöht und läuft zum 31.12.2006 ganz aus. Um den Nutzern von Nachtspeicherheizungen die Umstellung ihres Heizungssystems zu erleichtern, wird ein Umrüstprogramm mit einer Laufzeit bis Ende des Jahres 2006 und einem Finanzvolumen von 10 Mio. Euro jährlich aufgelegt. Die bisherige, erfolgreiche Steuerermäßigung für Erdgas als Kraftstoff wird bis 2020 verlängert.

Insgesamt liegt das Aufkommen aus dieser Ökosteuer-Fortentwicklung bei 1,42 Mrd. Euro. Es geht nicht direkt in die Rentenversicherung und sorgt damit nicht für den notwendigen Bremsung der Rentenbeiträge. Dies ist sehr bedauerlich. Bei der im Koalitionsvertrag vereinbarten Diskussion über die Weiterentwicklung der Ökologischen Steuerreform 2004 wird auch die Frage der Aufkommensverwendung gründlich neu besprochen werden müssen (Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, 05.11.2002).

Nähere Informationen: <http://www.gruene-fraktion.de>

Ökosteuer hat sich bewährt - Aus der Koalitionsvereinbarung SPD / Grüne 2002-2006

Ökologische Finanzreform

„Die seit 1999 neue Besteuerung unter ökologischen Gesichtspunkten (Ökosteuer) hat sich bewährt. Sie hat den Umweltverbrauch teurer gemacht und den Verbrauch von Energie minimiert. Gleichzeitig hat sie den Faktor Arbeit entlastet. In dieser Legislaturperiode wird die bereits vom Gesetzgeber beschlossene 5. Stufe der Ökosteuer zum 1. Januar 2003 in Kraft treten; daran halten wir fest. Im Vordergrund steht in der nächsten Zeit das Abschmelzen umweltschädlicher Subventionen im Steuerrecht.

Im Jahr 2004 werden wir im Hinblick auf die Emission klimaschädlicher Gase, den Ölpreis, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die soziale Verträglichkeit überprüfen, ob und wie die Besteuerung unter ökologischen Gesichtspunkten weiterzuentwickeln ist.

Unter anderem werden wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- Das Marktanzreizprogramm für Erneuerbare Energien wird in den kommenden Jahren verstärkt (2004: 200 Mio. €; 2005: 220 Mio. €; 2006: 230 Mio. €).
- Die Mehrwertsteuerbefreiung für Flüge in andere EU-Länder wird aufgehoben.
- Die steuerliche Begünstigung des produzierenden Gewerbes im Rahmen der Ökosteuer wird vermindert.
- Die Eigenheimzulage für Alt- und Neubauten wird angeglichen und auf Familien mit Kindern konzentriert.
- Dabei wird weiterhin eine Ökozulage gewährt.
- Die Kfz-Steuer wird gemeinsam mit den Ländern aufkommensneutral ökologisch weiterentwickelt (CO₂ als Bemessungsgrundlage).
- Um eine ökologisch sinnvolle Besteuerung der Energieträger nach dem jeweiligen Energiegehalt zu erreichen, wird die Besteuerung von Gas angepasst. Dabei wird sichergestellt, dass der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung auf Basis der Selbstverpflichtungen der deutschen Wirtschaft und des KWK-Gesetzes nicht gefährdet wird.
- Auf europäischer Ebene werden wir uns weiter für eine Kerosinbesteuerung im Flugverkehr einsetzen.
- Die Steuerermäßigung für Erdgasautos im Verkehr wird bis zum Jahre 2020 fortgeschrieben.
- Wir werden die Umstrukturierung des deutschen Steinkohlebergbaus fortführen und über Verhandlungen mit den Bergbauländern, dem Bergbau und der IGBCE die Finanzierung des deutschen Steinkohlebergbaus im Zeitraum von 2006 bis 2010 sichern. Der Beitrag aus dem Bundeshaushalt – der heute 3,05 Mrd. € beträgt und der bis 2005 auf 2,17 Mrd. € absinken wird – wird sich dann weiter degressiv entwickeln.

Im Verkehrsteil:

- Wir setzen auf den Erfolg des neuen Tarifsystems bei der Deutschen Bahn und planen ab 2005 zur weiteren Erhöhung der Attraktivität - insbesondere für Familien - den Mehrwertsteuer für den

Schienenpersonenfernverkehr auf 7% zu reduzieren.

Zum Klimaschutz

Deutschland wird seine Vorreiterrolle beim internationalen Klimaschutz weiter offensiv wahrnehmen. Wir werden vorschlagen, dass die EU sich im Rahmen der internationalen Klimaschutzverhandlungen für die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls bereit erklärt, ihre Treibhausgase bis zum Jahr 2020 um 30% (gegenüber dem Basisjahr 1990) zu reduzieren. Unter dieser Voraussetzung wird Deutschland einen Beitrag von minus 40% anstreben.

Wir bekräftigen das nationale Klimaschutzprogramm von 2000 mit seinen sektoralen Ansätzen. Wir werden es entsprechend dem Kyoto-Protokoll und einer solchen EU-Lastenverteilung fortschreiben.

Emissionshandel

Die Bundesregierung unterstützt die Einführung eines Emissionshandelssystems in Europa; dies auch in Ansehung der Spitzenstellung Deutschlands beim Klimaschutz.

Die im Rahmen der europäischen Lastenverteilung für den Zeitraum vom 2008 bis 2012 übernommene Verpflichtung ist nahezu erfüllt. Dazu leisten vor allem die Vereinbarungen der Bundesregierung mit der Wirtschaft einen wesentlichen Beitrag. Deshalb legen wir Wert darauf, dass eine europäische Richtlinie über den Emissionshandel die Selbstverpflichtungen nicht gefährdet. Vor diesem Hintergrund muss eine europäische Richtlinie folgende wesentlichen Anliegen berücksichtigen:

- Die seit 1990 ergriffenen Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgase müssen bei der Zuteilung der Emissionsrechte voll berücksichtigt werden.
- Die Emissionsrechte sollen dauerhaft kostenlos zugeteilt werden.
- Der Emissionshandel soll mit den flexiblen Instrumente des Kyoto-Protokolls kompatibel sein.
- Zur Einbeziehung der Selbstverpflichtungen zu entwickelnde Lösungen – z.B. gesetzlich geregelte Pool-Lösungen – müssen praktikabel sein.

Fortsetzen der Energiewende - Erneuerbare Energien und Effizienz

Klimaschutz und Energiewende stellen nicht nur ein Plus für die Umwelt dar. Hier sind in den vergangenen Jahren Zehntausende neuer Arbeitsplätze entstanden. Umwelt schafft Arbeit. Dieses wollen wir fortsetzen und verstärken.

Zur Fortentwicklung der Energieeinsparung im Gebäudebereich wird

- ein Förderprogramm zur Errichtung von Passivhäusern mit 30.000 Wohneinheiten und
- ein Anschlussprogramm zur energetischen Modernisierung des Gebäudebestandes aufgelegt, das anstelle von zinsvergünstigten Krediten Zuschüsse oder Sonderabschreibungen beinhaltet.

Das EEG und die Förderpolitik werden mit dem Ziel weiterentwickelt, den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung und am Primärenergieverbrauch bis spätestens zum Jahr 2010 (gegenüber dem Basisjahr 2000) zu verdoppeln.

Die Bundesregierung wird den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und den Marktdurchbruch der Brennstoffzelle sowie der dezentralen Blockheizkraftwerke gemäß dem in der letzten Legislaturperiode geschaffenen Kraft-Wärme-Kopplung-Gesetz und der Vereinbarung mit der Industrie zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung vorantreiben.

Im Offshore-Bereich sollen bis 2006 Windenergieanlagen mit mindestens 500 Megawatt Leistung und bis 2010 mit 3000 Megawatt installiert werden. Die zeitliche Befristung der Förderung im EEG wird an diese Ziele angepasst.

Die Bundesregierung wird das EEG überprüfen und dabei die Förderhöhe technologiebezogen degressiv anpassen.

Wir wollen den energierechtlichen Ordnungsrahmen fortentwickeln und die bereits vorliegende Energierechtsnovelle umgehend unverändert erneut in den Bundestag einbringen. Für den Fall, dass für die 2003 auslaufende Verbändevereinbarung Gas keine akzeptable Anschlussregelung gefunden wird, wird die Bundesregierung eine Netzzugangsverordnung auf den Weg bringen.

Bei der Erzeugung von Wärme durch erneuerbare Energien wird für eine Verstärkung des Rahmens der Förderung Sorge getragen. Ziel ist es, die Fläche an Sonnenkollektoren in den nächsten vier Jahren zu verdoppeln.

Die Bundesregierung wird die Exportinitiative Erneuerbare Energien fortsetzen und verstärken.

Atom

Mit der Vereinbarung vom 14. Juni 2000 haben sich die Bundesregierung und die Energieversorgungsunternehmen darauf verständigt, die künftige Nutzung der vorhandenen Kernkraftwerke zu befristen und für die verbleibende Nutzungsdauer den sicheren Betrieb der Kernkraftwerke wie auch deren Entsorgung zu gewährleisten.

Die Vereinbarung wird nach Geist und Inhalt konsequent umgesetzt. Dies gilt auch für die Positionierung der Bundesregierung in internationalen Gremien und für Vorhaben der Europäischen Kommission.

Nach der endgültigen Stilllegung des AKW Mülheim-Kärlich in 2002 wird in 2003 das AKW Stade vom Netz gehen.

Entsprechend der Vereinbarung mit den Energieversorgungsunternehmen und den Festlegungen der Umweltministerkonferenz wird für bestehende Anlagen ein umfassendes Sicherheitsmanagement eingeführt. Die Forschung zur Erhöhung der Sicherheit vorhandener Reaktoren wird unterstützt.

Spätestens mit dem Inkrafttreten des Transportverbots zu den Wiederaufarbeitungsanlagen am 1.7.2005 sollen alle erforderlichen dezentralen Zwischenlager an den AKW-Standorten betriebsbereit sein, um innerdeutsche Atomtransporte zu vermeiden.

Nach Abschluss der Arbeiten des „Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlager“ wird die Bundesregierung dem Bundestag einen Beschlussvorschlag zu den Auswahlkriterien und dem Auswahlverfahren für den Standort eines Endlagers entsprechend der Koalitionsvereinbarungen von 1998 unterbreiten. Zur Frage der Finanzierung der Erkundungsarbeiten strebt die Bundesregierung eine Verständigung mit den Energieversorgungsunternehmen an, die deren Verantwortung als Abfallverursacher gerecht wird. Zuständigkeits- und Verfahrensfragen, einschließlich der Standortentscheidung für ein Endlager werden gesetzlich geregelt.

Die Bundesregierung unterstützt die Initiative der Europäischen Kommission, in einer erweiterten Europäischen Union einheitliche Mindeststandards für den sicheren Betrieb von Kernkraftwerken festzulegen.

Verträge mit anderen Staaten, die der Förderung der Kernenergie dienen, werden mit dem Ziel überprüft, ob sie aufzuheben oder anzupassen sind.

Die staatliche Förderung der Entwicklung von nuklearen Techniken zur Stromerzeugung wird beendet.“

Den vollständigen Koalitionsvertrag finden Sie unter folgenden Links:

<http://archiv.gruene-partei.de/K-Vertrag/Koalitionsvertrag.zip>

<http://www.spd.de/servlet/PB/menu/1023283/index.html>

Licht und Schatten beim Koalitionsvertrag bzgl. erneuerbarer Energien

Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Themenkomplex Energie und Klimaschutz wird vom Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) ambivalent betrachtet. Verbandspräsident Johannes Lackmann zieht folgendes Fazit:

„Für den Teilbereich Erneuerbare Energien gehen von den Koalitionsverhandlungen wichtige positive Signale aus.“

Von besonderer Bedeutung sind dabei:

- die Fortführung des Erneuerbare Energien-Gesetzes (EEG)
- die Ausweitung des Marktanzreizprogrammes für Erneuerbare Energien
- die Aufhebung von baurechtlichen Hemmnissen für Biomasseanlagen
- die Exportkampagne und eine verstärkte internationale Ausrichtung.

Erfreulich ist auch die Ankündigung eines Rahmens für die Wärmenutzung. Dazu ist aus Sicht des BEE die

Schaffung eines regenerativen Wärmegesetzes erforderlich, mit dem Solarwärme, Erdwärme und Biomasse haushaltsunabhängig gefördert werden. Wir begrüßen außerdem, dass mit der Ansiedelung des Ressorts Erneuerbare Energien beim Bundesumweltministerium nunmehr ein Minister zuständig wird, dessen Engagement in der Sache unbestritten ist.

An mehreren Stellen im Koalitionsvertrag werden allerdings auch Chancen vertan:

- Mit der Vertagung einer Entscheidung über weitere Ökosteuerschritte gerät die Internalisierung von Umweltkosten und die Entlastung des Faktors Arbeit ins Stocken. Dies ist gerade kein Impuls für zusätzliche Arbeitsplätze.
- Während die Erhöhung des Steueranteils für Erdgas grundsätzlich positiv ist, bleibt die Verlängerung der Steuerermäßigung für Erdgasfahrzeuge bis 2020 unbegreiflich. Damit würde die Markteinführung von Biogas als Treibstoff zugunsten des Erdgases gefährdet werden, obwohl sowie bei der Gewinnung, dem Transport als auch beim Verbrauch von Erdgas erhebliche Mengen Treibhausgase (neben CO₂ insbesondere Methan) freigesetzt werden.
- Obwohl die Neuorientierung der Kfz-Steuer an der CO₂-Emission ein Schritt in die richtige Richtung ist, wird die Chance vertan, die Steuer in die Mineralölsteuer zu integrieren. Dies würde in erheblichem Umfang Verwaltungskosten einsparen. Die Beteiligung der Länder am Steueraufkommen könnte dabei durch eine Umlage erreicht werden.
- Der falsche Weg wird bei der Förderung der Energieeinsparung in Gebäuden begangen. Ein steuerfinanziertes Programm kann die notwendigen Impulse nicht geben. Anstelle dessen würde eine einfache Mietrechtsänderung (bei Nichtnutzung von Einsparpotenzialen müssten Vermieter einen Teil der Energiekosten selber tragen) für Investitionen und neue Arbeitsplätze sorgen.
- Mit der angekündigten Wiedereinbringung der bereits einmal im Bundesrat gescheiterten Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes würde erneut der Fehler gemacht werden, Verbraucherrechte zugunsten von Monopolgewinnen bei den Netzbetreibern einzuschränken. Kartellhüter und Verbraucherschützer haben sich schon beim ersten Versuch in der vergangenen Legislaturperiode massiv dagegen ausgesprochen.
- Insgesamt muss das Verhandlungsergebnis ambivalent betrachtet werden. Positiv ist die Bekräftigung der Klimaschutzpolitik und des Verdoppelungszieles für erneuerbare Energien. Allerdings bleiben die vereinbarten Schritte erheblich hinter dem zurück, was arbeitsmarktpolitisch und umweltpolitisch möglich wäre. So könnte das Ziel der Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch (auf insgesamt 4,2 %) bis 2010 mit einer noch ambitionierteren Politik auch schon erheblich früher (spätestens 2006/2007) erreicht werden", meint Lackmann (Baum-News Nr. 28, 30.10.2002).

Die Ökosteuer hat den falschen Namen – Drecksteuer wäre besser

Die Regierenden haben es einfach nicht geschafft, die Ökosteuer, die eigentlich gar keine Steuer ist, den Bürgern zu erklären. Die Ökosteuer ist weit besser und erfolgreicher als ihr Ruf. Die Steuerzahler bekommen nämlich die Ökosteuer an anderer Stelle komplett zurück. Es beginnt schon mit dem falschen Namen. Mit Öko hat die Ökosteuer zunächst gar nichts zu tun, sondern mit Dreck. Dreck-Steuer wäre die realistischere Bezeichnung.

Besteuert wird, was Dreck- und Umweltbelastungen verursacht: Öl, Benzin, Gas, Kohle, Strom. Mit den Erlösen dieser falsch titulierten Steuer finanziert der Bund aber auch keine Ökoprojekte, sondern einen Teil der Renten. Es handelt sich also um eine Steuer zur Herabsenkung der Rentenbeiträge. Doch die Autofahrer protestieren bei höheren Benzinpreisen und übersehen ganz einfach die niedrigeren Rentenbeiträge.

Die Oppositionsparteien, die in ihren Grundsatzprogrammen selbst eine Ökosteuer fordern, der ADAC und die Springer-Presse hatten es also sehr leicht, diese Ökosteuer zu diskreditieren. Und schon drei Tage nach der Wahl am 22. September fragte die Bild-Zeitung schon wieder: "Noch mehr Ökosteuer?" SPD-General Franz Müntefering beeilte sich, zu erklären:

„Es wird keine weitere Erhöhung der Ökosteuer geben.“

Die Grünen wollen die Ökosteuer jetzt umbauen und sozial gerechter gestalten. Es soll weniger Ausnahmen für die produzierende Industrie geben und wenigstens teilweise sollen mit den 15 Milliarden Euro, welche die Ökosteuer inzwischen jährlich bringt, Ökoprojekte finanziert werden. Ob und wie sich die Koalitionäre einigen, ist offen. Das Umweltbundesamt, das Finanzministerium und Wirtschaftsforschungsinstitute belegen, dass die Ökosteuer alle Erwartungen erfüllt hat:

Erstens: Sie hat den Anstieg der Lohnnebenkosten gebremst. Von 20,3 Prozent im Jahr 1999 sank der Anteil der Rentenversicherung am Bruttolohn auf 19,1 Prozent im Jahr 2001.

Zweitens: Die Ökosteuer hat eine ökologische Lenkungswirkung. Im Jahr 2000 fuhren erstmals seit vielen Jahren wieder mehr Menschen mit Bus und Bahn und weniger mit dem Auto. Der neue Trend hielt 2001 an. Die Verkehrsemissionen sind 2000 um 1,1 Prozent und 2001 um 1,5 Prozent gesunken - ebenfalls erstmals seit langem. Noch deutlicher war der positive Effekt für das Klima in den privaten Haushalten. In den letzten vier Jahren sind die CO₂-Abgase aus Häusern um über 15 Prozent zurückgegangen.

Drittens: Die Ökosteuer - so das Wirtschaftsforschungsinstitut - hat bis zu 250.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Viertens: Die Ökosteuer sorgte für eine massive finanzielle Entlastung der Wirtschaft, hauptsächlich beim produzierenden Gewerbe. Dieses muss nur ein Fünftel der Ökosteuer bezahlen, spart aber weit mehr Geld durch die Senkung der Beiträge zur Rentenversicherung.

Das Rheinisch-westfälische Institut für Wirtschaft hat errechnet, dass die Ökosteuer die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestärkt hat. Die Ökosteuer ist außerdem die einzige Steuer, bei der die Bürger selbst dafür sorgen können, dass sie durch Energiesparen legal ihre Steuern senken.

Volkswirtschaftlich ist die Ökosteuer ein sehr sinnvolles Instrument. Es muss nun wirklich gewollt sein, aber von einem Autokanzler ist das kaum zu erwarten. Gerhard Schröder war bisher unfähig und unwillig, diese Vorteile seinen Wählern und den deutschen Bürgern zu erklären. Ihm fehlt eine Vision für den ökologischen Umbau der deutschen Wirtschaft. Ohne Visionen wird aber Deutschland nicht zukunftsfähig.

Insgesamt ist die Ökosteuer zu wenig öko. Die Grünen gehen in die Koalitionsverhandlungen mit dem Ziel, "umweltschädliche Subventionen" abzubauen, hauptsächlich bei der Kohle, aber auch bei Eigenheimzulagen, bei der Fahrtkostenpauschale und bei der unverantwortlichen Steuerbefreiung des Flugbenzins. Das Umweltbundesamt geht von 30 Milliarden Euro aus, die dabei jährlich zusammenkommen. Wenn Hans Eichel jetzt wirklich ernsthaft zehn Milliarden Euro einsparen will, dann findet er ein Vielfaches dieses Betrages bei den umweltschädlichen Staatssubventionen (Eco-News, 08.10.2002).

VEA lehnt Subventionsabbau bei Ökosteuer ab

Pläne von Bündnis 90/Die Grünen, auch bislang von der Ökosteuer befreite Industrieunternehmen mit der umstrittenen Steuer zu belasten, lehnt der Bundesverband der Energie-Abnehmer kategorisch ab. Denn weitere Belastungen - ob als Steuererhöhung oder als Wegfall von Steuervergünstigungen - könne die Wirtschaft nicht verkraften.

Der Bundesverband der Energie-Abnehmer e. V. (VEA) warnt vor einer Ausweitung der Ökosteuer auf bislang befreite Industrieunternehmen. "Die Grünen haben die Ökosteuer noch lange nicht abgeschrieben. Das Machtwort des Kanzlers ist nicht das letzte Wort in der Steuerdebatte. Was die Beteuerungen gegen Steuererhöhungen morgen wert sind, weiß keiner", erklärt das geschäftsführende Vorstandsmitglied des VEA, Manfred Panitz. Weitere Belastungen - ob als Steuererhöhung oder als Wegfall von Steuervergünstigungen - könne die Wirtschaft jedenfalls nicht verkraften.

"Die deutsche Industrie, und vor allem der Mittelstand, steht an der absoluten Grenze des finanziell Zumutbaren. Kaum ein Wirtschaftszweig kommt ohne Energie aus. Sie muss bezahlbar bleiben", fordert Panitz. Auch schon vor Einführung der Ökosteuer hätten viele Unternehmen große Investitionen in Energiesparmaßnahmen getätigt. "Der Umweltschutz hat bei den Unternehmen einen hohen Stellenwert. Der Anteil der Industrie am deutschen Energieverbrauch ist in den letzten 40 Jahren von 50 Prozent um die Hälfte zurückgegangen", so Panitz weiter. Nur ein positives Investitionsklima verbunden mit einem Modernisierungsschub könne weitere Verbesserungen im Umweltschutz bringen und neue Arbeitsplätze schaffen (<http://www.strom-magazin.de>, 06.11.2002).

Ökosteuer? Ökorente!

Schau an, sie leben noch, die Grünen. Das heißt: der Teil des kleineren Koalitionspartners, der sich vielleicht doch noch nicht vollständig von der sozialdemokratischen Umverteilungsfreude hat anstecken lassen; ein mittelgroßer Koalitionsstreit bahnt sich an. Und wie immer er gelöst wird: Endlich fällt ein Licht auf eines der größten Probleme des Landes, der wachsenden Ungerechtigkeit zwischen Jung und Alt - sträflich vernachlässigt von allem, was Rot-Grün bislang an Politik in Aussicht gestellt hat.

Die SPD will lieber eine deutliche Erhöhung des Rentenbeitrages zu Lasten der Arbeitenden; sie will "Ruhe" an dieser Front, wie es entlarvend heißt. Stöhnende Beitragszahler und jobfeindliche Lohnnebenkosten scheinen diese Ruhe nicht zu stören. Die Grünen dagegen plädieren für Zurückhaltung und eine Verschiebung der nächsten Rentenerhöhung um ein halbes Jahr. Damit haben sie recht, keine Frage. Die Abgabenerhöhungen oder Einsparungen im Koalitionsvertrag trafen vor allem die leistungsfähige Mitte der Gesellschaft und die Arbeitslosen - nicht aber die Rentner.

Freilich haben auch die Grünen keinen klaren Kompass mehr: Einen größeren Gehaltsanteil dem Abgabesatz von 19,3 Prozent zu unterwerfen, schließen auch sie nicht aus. Gewonnen wäre damit nichts - die leistungsfeindliche Last der Betriebe und Beschäftigten würde weiter steigen. Und: In Sachen Ökosteuer legen die Grünen gerade eine atemberaubende Kehrtwende hin. In den Koalitionsverhandlungen legten sie noch großen Wert auf eine "Weiterentwicklung" der Benzinabgabe, die endlich ihrem Präfix "Öko" gerecht werden sollte - mithin stärker als bislang zur Genesung der Umwelt zu verwenden sei. Jetzt heißt es plötzlich wieder, die Ökosteuer sei der einzig wahre Garant für die Stabilität der Rentenbeiträge - müsse also verstärkt zur Genesung der Sozialkassen eingesetzt werden. Was denn nun? (Nikolaus Blome, <http://www.welt.de>, 05.11.2002)

Einbeziehung des Luftverkehrs in die Mineralölsteuer oder in den Emissionshandel - angemessener Steuersatz und Auswirkungen

Luftfahrtbetriebsstoffe (Kerosin, Flugbenzin) sind derzeit von der Mineralölsteuer befreit. Es resultieren ökologisch schädliche Anreizwirkungen für häufige und weite Flugreisen - und erhebliche Wettbewerbsvorteile für den Luftverkehr. All dies ist bekannt, viel diskutiert und die Einbeziehung der Luftfahrtbetriebsstoffe gehört zu jedem guten Repertoire einer ökologischen Finanzreform.

Thema dieses Beitrags ist die Frage, welches der angemessene Steuersatz für die Kerosinbesteuerung ist und welche Auswirkungen dies auf die Verteuerung der Flüge haben würde.

Steuersatz auf Luftfahrtbetriebsstoffe bei Einbeziehung des Kerosins in die Energiebesteuerung

Bei Einbeziehung des Luftverkehrs in die Energiebesteuerung ist zu klären, welches der angemessene Steuersatz ist³. Im Ergebnis wird hier der Steuersatz auf bleifreies Benzin als Referenzsteuersatz für Luftfahrtbetriebsstoffe empfohlen. Zur Begründung werden die beiden wichtigsten externen Kosten des Luftverkehrs im Vergleich zu den Kosten des Straßenverkehrs herangezogen.

Externe Umweltkosten

Der Luftverkehr hat im Vergleich der Verkehrsmittel den höchsten Energieverbrauch pro Personenkilometer. Nach Angaben der Lufthansa liegt der Verbrauch zwischen 3,2 und 10,7 Liter pro 100 Personenkilometer, für die Flotte der Lufthansa könne ein Durchschnittsverbrauch von 4,7 l/ 100 Pkm angesetzt werden. Dies ist zwar nicht erheblich mehr als ein mit knapp zwei Personen besetzter PKW, aber zu berücksichtigen ist, dass der Luftverkehr beim Verbrauch pro Reisestunde (und damit auch beim Verbrauch pro Reise) deutlich höher als alle anderen Verkehrsträger liegt.

Hinzu kommt, dass Schadstoffemissionen in den oberen Luftschichten besonders schädlich sind. Das Bundesumweltministerium hat für die Kompensation der CO₂-Emissionen der Reise der Deutschen

3

Siehe als aktuelle Veröffentlichungen 2002 z.B. „Billig fliegen auf Kosten von Klima, Umwelt und Gesundheit – BUND-Hintergrundpapier zu den Umweltbelastungen durch Billigflieger“ sowie „External Costs of Aviation“, Executive Summary, Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes.

Beide Veröffentlichungen können heruntergeladen werden unter http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/07-11-02_06/

Delegation zum Umweltgipfel nach Johannesburg den Faktor 2,7 für die Gewichtung der CO₂-Emissionen angesetzt.

Zudem setzt der Luftverkehr durch die hohe Geschwindigkeit Anreize zur Ausdehnung der Reiseentfernungen, da empirische Untersuchungen darauf hindeuten, dass Menschen für Reisen ein bestimmtes Zeitbudget verwenden und die zurückgelegte Entfernung von der Geschwindigkeit des Transportmittels abhängt.

Infrastrukturkosten

Zur Internalisierung der Infrastrukturkosten des Luftverkehrs steht das Instrument der Landegebühren zur Verfügung. Zwar werden in den Landegebühren die Kosten der Flugsicherung und teilweise auch die Kosten für Bau und Betrieb des Flughafens angelastet, gleichwohl sind auch die Infrastrukturkosten nicht vollständig internalisiert, wie Germanwatch in einer Ausarbeitung über die infrastrukturelle Anbindung von Flughäfen nachweist: Neben den Subventionen für Luftverkehrsunternehmen und Luftfahrtforschung gibt es auch direkte Subventionen für Flughafenerweiterungen sowie für die Anbindung der Flughäfen an Straßen- und Schienenverkehr – ironischerweise in den Haushalten oft als ÖPNV-Kosten ausgewiesen.

Unterstellt man in Ermangelung einer Quantifizierung zugunsten des Luftverkehrs, dass große Teile der Infrastrukturkosten über die Landegebühren internalisiert sind, wäre anders als bei der Straßen-Infrastruktur eine Internalisierung über die Mineralölsteuer nicht erforderlich.

Ergebnis

Hinsichtlich der externen Umwelt- und Infrastrukturkosten existieren eine Reihe sehr unterschiedlicher Kostenschätzungen. Hier wird davon ausgegangen, dass mittelfristig ein Mineralölsteuersatz für den Straßenverkehr von 1 Euro / Liter angemessen ist, davon je 0,50 Euro für Infrastruktur- und für Umweltkosten.

Übertragen auf den Luftverkehr könnte folgender Steuersatz für Luftfahrtbetriebsstoffe als angemessen begründet werden:

- Bei den Umweltkosten könnte der doppelte Satz aufgrund der besonderen Schädlichkeit der Treibhausgasemissionen in höheren Luftschichten angesetzt werden (1 € / l). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Umweltkosten sich aus mehreren Umweltbeeinträchtigungen zusammensetzen (Treibhausgasemissionen, sonstige Schadstoffemissionen, Lärm). Die eigentlich erforderliche differenziertere Analyse der einzelnen Kostenkategorien könnte zu anderen Ergebnissen führen, als erste grobe Leitlinie ist der doppelte Satz für den Luftverkehr jedoch m.E. gut begründbar.
- Die Infrastrukturkostenkomponente würde entfallen (0 € / l)
- Im Ergebnis wäre Kerosin mit dem längerfristig angemessenen Steuersatz für bleifreies Benzin zu besteuern (1 € / l); mittelfristig sollte mindestens der ab 1.1.2003 geltende Steuersatz auf bleifreies Benzin von 0,76 €/l (incl. Mehrwertsteuer) erhoben werden.
- Für die Übergangszeit wäre der Anpassungspfad an diesen mittelfristig angemessenen Steuersatz zu klären. Die Besteuerung des Kerosin könnte z.B. in 5 Jahren schrittweise um 0,20 € / l angehoben werden, aber auch langsamere Erhöhungspfade sind zu diskutieren.

Hier wurde nur die Frage des angemessenen Mineralölsteuersatzes für Luftfahrtbetriebsstoffe erörtert, es sei zusätzlich daran erinnert, dass der Luftverkehr zusätzlich derzeit von der Mehrwertsteuer befreit ist. Die rot-grüne Bundesregierung plant gemäß Koalitionsvereinbarung eine Mehrwertsteuerpflicht für Flüge in der EU einzuführen, was den zusätzlichen Vorteil des Luftverkehrs gegenüber anderen Verkehrsträgern mindern, aber nicht beseitigen würde.

Auswirkungen einer Einbeziehung des Luftverkehrs in die Kerosinbesteuerung

Anhand ausgewählter Städte werden die – erheblichen – Auswirkungen einer Einbeziehung des Luftverkehrs in die Kerosinbesteuerung gezeigt.

Alternativ werden die Mehrkosten bei Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel simuliert. Hierfür werden derzeit sehr unterschiedliche Kosten pro Tonne CO₂ genannt. Die EU-Kommission geht im Richtlinienvorschlag Emissionshandel bzw. in diesem Zusammenhang in Auftrag gegebenen Studien von

einem Preis von 30 € / t CO₂ aus. Jüngere Studien⁴ halten durchaus Kosten für CO₂-Zertifikate von 5 – 15 € t für realistisch. Für den Zweck der Schätzung der Mehrkosten von Flügen wird hier ein Preis von 20 € / t zugrunde gelegt. Die Auswirkungen sind zwar ebenfalls spürbar, aber erheblich geringer.

Zielflughafen (bei Abflug Frankfurt / Main)	Mehrkosten pro Person (Hin- und Rückflug) bei Besteuerung Kerosin wie bleifreies Benzin (0,76 € / Liter incl. MwSt)	Mehrkosten pro Person (Hin- und Rückflug) bei Einbeziehung in Emissionshandel mit 20 € / t CO₂
London	51 €	3 €
Paris	37 €	2 €
Palma de Mallorca	101 €	7 €
Heraklion	170 €	11 €
Teneriffa	258 €	17 €
New York	499 €	33 €
Los Angeles	749 €	49 €
Bangkok	722 €	48 €
Tokyo	768 €	51 €
Singapur	827 €	54 €
Auckland	1.504 €	99 €
Sydney	1.332 €	88 €
Johannesburg	699 €	46 €
Modellstadt X (1.000 km Entfernung)	80 €	5 €

(Bettina Meyer, Umweltministerium Schleswig-Holstein, Vorstandsmitglied FÖS).

Infos zu den Klimafolgen des Fliegens: http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/07-11-02_06/

Instrumente kritisieren, nicht das Ziel!

Vom 28.10. bis zum 30.10. fand in der evangelischen Akademie Loccum eine heftige Diskussion über das von der EU geplante System des Emissionshandels statt. Zum einen stand das Instrument selbst, wie es durch den Richtlinienvorschlag zum europäischen Emissionshandel 2001 der EU beschrieben wird, zur Debatte, aber auch ganz aktuell eine durch Industrieverbände in Auftrag gegebene Studie unter dem Titel „Zertifikathandel für CO₂-Emissionen auf dem Prüfstand – Ausgestaltungsprobleme des Richtlinienvorschlags der EU“.

Zunächst fasste Dr. Wolf-Dieter Glatzel ganz allgemein die Entwicklung des Klimaschutzes in Deutschland zusammen und hob die Problematik hervor, dass zwar der Klimaschutz zum Umweltministerium gehört, die Instrumente aber oft zur Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums zählen. Außerdem formuliert er den im Laufe der Tagung oft zitierten Vorwurf, dass innerhalb der kontroversen Diskussion über den Klimaschutz oft über die Instrumente das Ziel kritisiert wird – da sollte stärker unterschieden werden.

⁴

z.B. Ströbele / Hillebrand et al „Zertifikatehandel für CO₂-Emissionen auf dem Prüfstand, Untersuchung im Auftrag der IGBCE und anderen, Oktober 2002.

Peter Zapfel von der EU-Kommission gab eine fundierte Einleitung in den Richtlinienvorschlag und die aktuelle Entwicklung der Diskussion auf EU-Ebene. Ziel soll der Aufbau eines europaweiten Emissionshandels als ein Element einer umfassenden Klimastrategie sein, um kostengünstig und effizient Klimaschutz zu betreiben. Zunächst sollen nur fünf Branchen (u.a. Raffinerien, Strom- und Wärmeerzeugung) in den Emissionshandel integriert werden, über eine Erweiterung wird aber nachgedacht. Wichtig ist auch eine Aufnahme von so strengen Sanktionen, dass sie möglichst in der Praxis gar nicht benötigt werden.

Dem gegenüber stand nun die Studie, die unter anderem von der IG BCE, RWE, BASF, dem Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus und einigen mehr in Auftrag gegeben worden war. Im Vordergrund der Überlegungen stand die Sorge, dass mit der EU-Richtlinie die Balance zwischen Energie- und Klimapolitik gestört wird. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass der Richtlinienvorschlag zum Abbau von Arbeitsplätzen, erheblichen Wettbewerbsnachteilen für energieintensive Branchen und Kohlekraftwerke und zur Auslagerung energieintensiver Prozesse ins außereuropäische Ausland führt. Wenn es schon einen Emissionshandel auf EU-Ebene geben sollte, dann wird eine kostenlose Zuteilung der Zertifikate, eine Anrechnung der Erfolge in der deutschen Klimapolitik und eine größtmögliche Flexibilität des Instruments gefordert.

Das Programm enthielt auch zwei Beispiele aus der Praxis: In Hessen läuft im Moment ein Pilotprojekt „Hessen-Tender“ an, an dem sich in erster Linie hessische Unternehmen beteiligen, um erste Erfahrungen mit dem System eines Emissionshandels zu sammeln (<http://www.hessen-tender.de>). Außerdem berichtete der Direktor der Deutschen BP, Dr. Lutz von Meyerinck, von den Erfahrungen aus ihrem unternehmensinternen Emissionshandelssystem. Als wichtige Punkte hob er die Notwendigkeit hervor, lange Zeiträume zu betrachten und nicht der Versuchung zu erliegen, nach kurzer Zeit nachzubessern, das System so einfach wie möglich zu halten und alle Beteiligten so früh wie möglich in den Entscheidungsprozess mit ein zu beziehen.

Neben dem Emissionshandel wurden auch alternative Instrumente wie die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Industrie, die Ökologische Steuerreform, die Beihilfekontrolle durch die EU und die Markttransformation als alternative Instrumente oder Kombinationsmöglichkeiten diskutiert. Die freiwilligen Selbstverpflichtungen werden dabei von Teilen der Wirtschaft als Ideallösung angesehen, weil sie den Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und CO₂-Emissionen am besten überbrücken und gezielte Technologie- und Finanztransfers initiieren. Dr. Anselm Görres unterstrich aus Sicht des FÖS die Notwendigkeit, beide Instrumente einzusetzen, da der Emissionshandel. Wie er im Moment geplant ist, nicht den stark wachsenden Bereich des Verkehrs und der Haushalte abdeckt, die Ökosteuer aber sehr wohl.

Diskutiert wurde anschließend die verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten und deren Auswirkungen, aber auch die Möglichkeiten der politischen Steuerung. Kai Schlegelmilch vom Bundesumweltministerium schlug vor, die dem Emissionshandel unterliegenden energieintensiven Bereiche der Industrie mit einem deutlich ermäßigten Satz der Ökosteuer zu besteuern, sofern das Unternehmen insgesamt bisher keine Nettoentlastung erhalte und den restlichen Energieverbrauch (z.B. für die Nebenaggregate und die Administration) mit der vollen Ökosteuer zu belasten. Reinhard Loske (MdB, Die Grünen) bemängelte, dass Industrie und Regierung nur gegen den EU-Vorschlag vor zu gehen, statt konstruktiv deutsche Interessen einzubringen und warnte vor einem deutschen Sonderweg. Bei der Diskussion zeigte sich, dass folgendes Szenario durchaus nicht als unwahrscheinlich anzusehen ist: Die Gesamtminderungszusage der Industrie im Rahmen der Klimaschutzvereinbarung wird als Vorgabe für die Emissionsminderung beim Emissionshandel genommen. Denn schließlich gibt es keinen vernünftigen Grund, warum das Ziel nicht mit dem marktwirtschaftlichsten und damit kosteneffizientesten Instrument erreicht werden sollte. Alles weitere kann faktisch dem Markt überlassen werden, weil der ökonomische Anreiz für große Teile der Industrie, als Nettoverkäufer auf den Markt zu treten, so groß ist – und betriebs- und volkswirtschaftlich geboten ist –, dass sich die Klimaschutzvereinbarung mangels Solidarität innerhalb der Wirtschaft und lukrativerer Geschäftsoptionen von selbst auflösen könnte.

Insgesamt war es eine interessante Tagung mit kontroversen Diskussionen, die aber durch die klare Anti-Position der Industrievertreter und die zumindest generelle Zustimmung der meisten anderen Teilnehmer geprägt waren. Die Evangelische Akademie plant – zusammen mit den Beiträgen einer ähnlichen Konferenz

vor vier Jahren, als die Ökologische Steuerreform im Mittelpunkt der Diskussion stand – zur Tagung eine Publikation herauszugeben.

Nachhaltigkeitsrat über Empfehlungen zur Ökosteuer zerstritten

Wie die Wochenzeitung "ZEIT" in Ausgabe vom 02.10.2002 berichtet, konnte sich der von Bundeskanzler Schröder eingesetzte Nachhaltigkeitsrat nicht auf Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Ökosteuer einigen. Zwar seien von einer Arbeitsgruppe Reformvorschläge erarbeitet worden, zwei Mitglieder des Rates hatten diese jedoch abgelehnt.

Der von Bundeskanzler Gerhard Schröder berufene Nachhaltigkeitsrat unter Vorsitz des SPD-Politikers Volker Hauff ist am Montag mit dem Versuch gescheitert, sich rechtzeitig zu Beginn der Koalitionsverhandlungen auf Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Ökosteuer zu einigen. Eine Arbeitsgruppe des Gremiums unter Leitung des Mannheimer Wirtschaftsprofessors Wolfgang Franz habe zwar Reformvorschläge erarbeitet. Jedoch hätten zwei Mitglieder des 16-köpfigen Rates ihre Zustimmung zu dem Papier verweigert, berichtet die Wochenzeitung "ZEIT", die am 02.10. erschien.

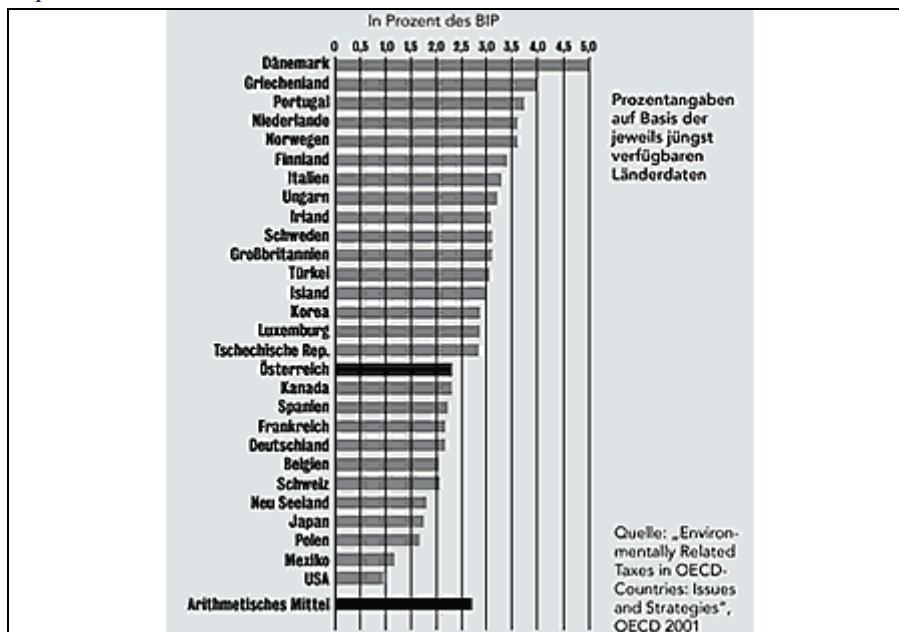
In ihrem so genannten MINK-Papier ("Marktwirtschaftliche Instrumente für nachhaltigen Klimaschutz") spricht sich die Arbeitsgruppe für das Prinzip "jährlicher moderater Erhöhungsstufen für die Treibstoffbesteuerung" aus, sofern die Auto- und die Mineralölindustrie nicht bis September 2003 Zusagen über die absolute Minderung des vom Verkehr verursachten Ausstoßes von Treibhausgasen machen. Außerdem hat sich die Arbeitsgruppe, der sowohl Vertreter der Industrie wie der Ökoverbände angehören, auf die Empfehlung geeinigt, die Steuern auf Diesel und Benzin anzugleichen. Nach Angaben der "ZEIT" wird in dem Papier auch die Zweckbindung des Ökosteuer-Aufkommens für die Rentenversicherung in Frage gestellt (<http://www.strom-magazin.de>, 05.11.2002).

3. ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL

Aufkommen umweltbezogener Steuern in den OECD-Staaten als Anteil des BIPs

Ökosteuern sind in aller Munde und oft ein Reizthema. Doch die Realität zeigt, dass in Deutschland das Aufkommen an umweltbezogenen Steuern - ausgedrückt als Anteil des Bruttoinlandsprodukts - sowohl in EU - als auch im OECD-Vergleich relativ niedrig ist (Wirtschaft und Umwelt, 10.10.2002).

<http://www.wirtschaftundumwelt.at>



Unter dem angegebenen Link finden Sie die Environmentally Related Taxes database der OECD:

<http://www.oecd.org/oecd/pages/home/displaygeneral/0,3380,EN-document-471-nodirectorate-no-no-3016-8,00.html>

Europäische Emissionssteuer für PKWs

Die Europäische Kommission hat empfohlen, die Kraftfahrzeug-Steuer in Europa künftig an den Kohlendioxid-Ausstoß der Fahrzeuge zu koppeln. Das geht aus einem aktuellen Strategiepapier der Kommission an das Europäische Parlament und den EU-Ministerrat hervor. Die Kommission prüft gegenwärtig, wie die derzeitigen Kraftfahrzeugsteuern umstrukturiert werden könnten, um den Zielen des Kyoto-Protokolls Rechnung zu tragen. Insbesondere Geschäftswagen gelte es laut Kommission umweltwirksam zu besteuern, da diese häufig leistungsstarken PKWs besonders viele Schadstoffe ausstießen. Nach Beratungen mit den Mitgliedsstaaten, dem EU-Parlament und anderen Interessengruppen wird die Kommission in einem nächsten Schritt Vorschläge für gemeinschaftliche Rechtsvorschriften vorlegen (News Nachhaltigkeit, 26.09.2002).

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de>

EEB diskutiert ökologische Finanzreform

Das EEB (European Environmental Bureau) hat seine Jahres-Konferenz in Brüssel zum Thema Ökologische Finanzreform in der EU abgehalten. Der Hauptredner Ernst von Weizsäcker drängte die EU, sich auf einen leicht ansteigenden Preiskorridor bei der Erhebung von Umweltsteuern einzulassen. Der dänische Umweltminister Hans Christian Schmidt entgegnete, Umweltsteuern sollten eine einmalige Sache sein und nicht ständig wachsen, da man auf diese Weise in Dänemark das Vertrauen der Wähler verloren habe. Den Artikel und die Rede von Weizsäckers auf englisch:

EEB muses on environmental tax reform

Brussels green lobby group the European environmental bureau held its annual conference this week, devoted to the environmental reform of EU fiscal policy in support of a campaign launched last year. A major campaign focus has been adoption of the draft EU energy taxation framework. Several environment and finance ministers plus environment commissioner Margot Wallström attended.

Keynote speaker Ernst von Weizsäcker, an environmental economist and German MP, urged the EU to embark on a "gently increasing price corridor" by raising taxes on scarce resources such as energy and raw materials. This would create efficiencies through "energy cascades" and boost secondary material markets.

The EU had made no progress collectively in this direction, he added, though he highlighted national initiatives such as the UK's recently suspended fuel duty "escalator". UK environment minister Michael Meacher stressed the importance of offsetting tax rises through tax cuts elsewhere in the economy, and of explaining the reasons behind the shift. The UK government had not done this, he said, making it unable to "withstand the attack" of public protests against the rises in 2000.

Danish environment minister Hans Christian Schmidt argued that tax rises for environmental purposes should remain one-off events and not increase progressively. In Denmark, 10% of taxes were deemed to have green aims, he said, but the public had grown sceptical of the government's motives. "We put up taxes, they changed their behaviour, and we put them up again. They don't believe us any more," he said.

At an evening reception, the EEB presented outgoing European environment agency boss Domingo Jiménez Beltrán with its rarely-awarded "12 stars for the environment" honour, for his "exceptional contribution" to Europe's environment and sustainable development (Environment Daily vom 11.10.2002).

To get further informations: http://www.eeb.org/activities/env_fiscal_reform/final-programme-An-conf-2002.pdf;

http://www.eeb.org/activities/env_fiscal_reform/position-paper.pdf

Phase	1975 – 2000 Pollution Control	2000 – 2100? Resource Productivity
Problem Substances	Toxics, Waste, SO _x , Fluorides...	CO ₂ , Energy, land use, other primary resources...
Regional Focus/	Mainly local /	Mainly global /

Process Stage	Mainly outputs/emissions	mainly inputs/resources
Predominating philosophy	End of pipe/ Command and control	As upstream as possible – mostly market incentives
Affected economic activities	About 5 Percent	About 95 percent
Most efficient tools	Policy mix– anything goes (Coase Theorem)	Not possible without market forces and allocative power of tax system
Difficulty of task	Prevent harmful activities – Clean up our dirt	Change our entire way of life – multiply factor productivity – develop new model of prosperity

Speech by Ernst von Weizsäcker on the International Meeting on Environmental Fiscal Reform (Athens, 9 November 2002)

Let me at the outset distinguish two different tasks of environmental policy.

- One is pollution control which is predominantly a local and a national activity. The first twenty years of environmental policy in advanced industrial countries were almost exclusively devoted to pollution control and to set standards. Since that time, most environmental professionals both in the public and private sectors deal with pollution control.
- The other task of environmental policy relates to global and long-term challenges such as climate change, biodiversity losses and unsustainable lifestyles. This is rather a *new* field of concern and is still in its conceptual phase regarding policy making.

Environmental fiscal reforms can work in both arenas. But if one fiscal instrument is successful in *one* of the two, it does not necessarily follow that it is applicable to the other as well.

For pollution control, pricing instruments abound and have greatly helped cleaning up the environment. A typical case has been the waste water charge the revenues of which were used to finance water purification installations. This system of charges is in use in most OECD countries and has been highly successful environmentally. It never was *very* controversial. It fully conformed with the polluter pays principle and it had the attraction that he who applied prevention measures in his factory was freed from the charge.

In a wider sense the same applies to user fees, refund systems, violation penalties and tradable emission permits for classical pollutants such as SO₂ or NO_x. They too met with rather little public resistance when introduced.

Let me not lose more time on this subject because we would all agree very soon that prices work well to reduce classical pollution. It remains doubtful if charges on pollutants can be seen as “environmental fiscal reform”.

Let me instead turn the attraction to the *other* subject, of long term and global environmental problems, notably the greenhouse effect and life style changes. Here, I suggest, is the most important field for environmental fiscal reform.

Let me at this juncture mention one *major difference* between the two fields of concern. For classical pollution control you could say it is good to be rich so that one can afford costly pollution control. Or, with a slightly modified meaning you can quote Indira Gandhi that “poverty is the biggest polluter”. This famous statement goes down extremely well with developing countries, but equally well with traditional business people and other people in the North because it justifies them to go on with traditional growth strategies and claim that this is good for the environment.

The opposite, or nearly, can be observed when we address the greenhouse effect, biodiversity and sustainable life styles. Here clearly *prosperity is the biggest polluter*.

This is so embarrassing a phenomenon that economists and politicians prefer not to recognise its truth. They hastily invoke the *sustainable development triangle* which says that economic and social well-being are

equally important as a healthy environment. And very soon they return to the comfortable and familiar paradigm of pollution control where economic prosperity was not at all suspicious. You will discover that in their argumentation the environmental corner of the triangle is always classical pollution control. I am afraid, for the time being I have to invite you to be extremely cautious, if you are an environmentalist, when that triangle of sustainability is put forward.

Now comes the shock for us advocates of pricing instruments: In a domain where prosperity is the biggest polluter, all of a sudden, you have to admit that prices are *meant* to reduce “prosperity”, - at least the *kind* of prosperity that is causing so much CO₂ emissions, land use, traffic and avalanches of materials. If you want to reduce urban sprawl, you have to say that people shouldn't live in one family homes and commute to work with their cars. You want them to cut their energy and water consumption. You want them to stop buying lots of unnecessary trash goods and having weekend trips to Egypt or Paris and Christmas trips to the Seychelles. Don't expect anybody, let alone democratic majorities to agree with these objectives.

And yet, having said all this, I remain a staunch defender of ecological fiscal reform for the second set of problems. How can that be?

Well, it is because I am confident that, fortunately for the environment, different modes of prosperity are available. The core of that “*sustainable prosperity*” is a *new universe of eco-efficient technologies*. At the Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy we have sketched out the landscape of that new universe. In a book which I wrote together with Amory Lovins, I gave it the simple title “Factor Four”, with the subtitle “Doubling Wealth, Halving Resource Use”.

The book features fifty examples, from automobiles to household appliances, from buildings to logistics, from industrial processes to farming methods, all demonstrating that a factor of four is available in energy or material efficiency.

The factor four universe can be seen as the Promised Land to those who deal with climate change, urban sprawl and biodiversity losses.

But there is a difference again with classical pollution technologies. Waste water treatment technology can be introduced in a matter of five or ten years, depending on the life cycle of the economy's capital stock. In buildings, it may take fifty years to refurbish the entire stock of houses. The complete renewal of the car fleet may take thirty years. And a reasonable and comfortable reduction of urban sprawl may take a hundred or two hundred years.

“Factor Four” can be seen as the solid rock of technological insights which we need when talking about ecological fiscal reform that works on the second category of problems. If we want to maintain prosperity we should be patient with the existing capital stock.

The long time frame can also be expressed in terms of price elasticity. You would not expect the car fleet to react to a small but sudden price signal. The immediate price elasticity is very low. However, if society knows that energy and other resource prices will go up slowly but for a long time with no hope of their coming down again, companies will strategically invest in resource efficient technologies. Consumer education will make resource efficient behaviour a prime objective. Academic engineers and scientists will target the basics of resource productivity. And public planning will shift priorities towards convenient mass transport, agreeable high-density urban planning and high resource efficiency in public buildings, transport systems and disposal concepts. As a result, the factor of four becomes a realistic perspective for all sectors. In other words, we can expect a high price elasticity in the long run.

Long term price elasticity means that price signals should be mild but predictable. The best of all worlds would be a political all-party agreement over thirty or fifty years to raise prices for scarce resources in very small and predictable steps, preferably in steps so small that technological progress can keep pace.

Please note that I am talking about a *price* corridor, not a taxation corridor. Taxes or other instruments would be used to stay inside the price corridor. In this ideal case, the monthly bills for petrol, electric power, water, space or even virgin raw materials remain stable. On average, the population would not suffer any losses in their lifestyles.

If the fiscal revenues from this operation go into reducing indirect *labour cost*, you would expect positive

effects on the labour markets. And compared to business as usual scenarios, you would see human labour services becoming gradually cheaper, i. e. more affordable for the clients of that labour.

So much for the ideal world. I felt it was necessary to talk about the ideal world in order to provide orientation in this conflictual theme of price signals on the basic commodities of modern life.

Let me now very briefly address some of the practical problems.

At a conference in Brussels, four weeks ago, the European Environmental Bureau (EEB) presented an EU-wide campaign on fiscal measures for the environment. At its core, the demand was to have ten percent of all taxes to be environmental and to make the operation fiscally neutral, ie not to increase the overall tax burden. The EEB's campaign also asked rapidly to abandon all perverse subsidies. These subsidies, however, are consistently targeted at politically influential parts of the electorate. Transport subsidies in particular enjoy extremely strong support not only from the immediate beneficiaries but also from the automobile and aircraft lobbies. Hence, one would not expect subsidies to disappear soon.

Let me say a practical or political word about the price corridor that I am asking for. It is, let me admit it, highly unrealistic in our days. It requires two unusual things at once: a fiscal policy that flexibly responds to world market signals, and an all-party consensus in one area, which is perhaps the favourite battlefield for political parties. Also, it should be said that the price corridor is not easily attained with emission trading and other pure market instruments. An adjustment mechanism may have to be introduced to avoid brutal jumps that can occur in the course of free market fluctuations.

During the Brussels conference, Dr. Iannis Paleocrassas mentioned that as Greek Minister of Finance he had introduced a fuel tax flexibly responding to world market fluctuations. This is an extremely encouraging example.

A few days after the conference, the coalition agreement was adopted between SPD and Greens in Germany. It reaffirmed the existing energy tax escalator and foresees a general review by 2004 of the green fiscal reform, with a view to potentially develop it further and more comprehensively. A few steps to reduce tax rebates for fiscal year 2003 are now in the pipeline and will hopefully be adopted next week.

If the public is convinced that this gentle price corridor is a fair deal and the best guide rail to the Promised Land, it becomes increasingly more plausible for political parties to go for it.

This then brings me to my concluding remark. It is essential that we create a strong vision of what is necessary to avoid disasters from fossil and nuclear energy use, from rapid biodiversity losses and from resources. If that vision also contains a realistic and agreeable strategy of how to get from here to there, you will have the people behind you.

USA/Arkansas: Abhängigkeit vom Öl reduzieren

Vor dem Hintergrund eines drohenden Irakkriegs und der Möglichkeit höherer Kraftstoffpreise hat Herschel Cleveland die Erhebung einer 3\$ Jahressteuer auf alle Strom- und Gasverbraucher in Arkansas vorgeschlagen, um eine Kommission für Alternative Kraftstoffe zu bilden.

„Wir müssen unsere Abhängigkeit reduzieren und uns um einige alternative Kraftstoffe zu Öl kümmern.“

Während einer Anhörung vor dem Gesetzgebungskomitee, wurden einige Alternativen in Form von erneuerbaren Energien, wie die Nutzung von Windkraft-, Wasserstoff- und Solarenergie vorgeführt. Besonderes Augenmerk verdient eine ebenfalls vorgestellte Methode zur Energiegewinnung aus Hühnerdreck. Herschel Cleveland erläuterte, dass jede der 2.700 Hühnerfarmen in Arkansas pro Jahr 480 Tonnen Hühnerdreck produziert und unterstrich die Wachstumsmöglichkeiten auf diesem Markt. Schließlich bat er um finanzielle Unterstützung seitens der Regierung, für die Kosten der Entwicklung eines Hühnerdreck- Energie-Systems, um das Vorhaben gegenüber den nicht regenerativen Energiegewinnungsverfahren konkurrenzfähig zu machen.

Nach Clevelands Rechnung würde die vorgeschlagene Steuer jährlich 2 Millionen \$ einbringen, mit denen dann Projekte für alternative Energiegewinnung finanziert werden könnten. Mehr auf englisch:

Lawmaker Proposes Tax To Help Find Alternative Fuels

With war on the horizon and the possibility of higher fuel prices, Rep. Herschel Cleveland, D-Paris, outlined

a plan on Monday that would create an "alternative fuels" commission by levying a \$3 annual tax on Arkansas electric and gas users. Cleveland, who presented a draft copy of his bill during the Joint Committee on Energy meeting at the state Capitol, said he plans to introduce the bill during the 84th General Assembly. The regular session begins Jan. 13. "When we get up in the morning, we don't know what is going to happen that day," Cleveland said of the threat of war with Iraq.

"We need to reduce our dependency and look to some alternative fuels other than oil."

During the hearing, a number of presenters provided the legislative committee with a host of alternative fuel and renewable energy options, ranging from wind, hydroelectric and solar power to fuels produced by recycling chicken litter and soybean oil. Chris Benson, director of the Arkansas Energy Office of the Arkansas Department of Economic Development, said nearly 80 percent of the state's \$4.2 billion energy diet now comes from fuel sources outside the state. Of that amount, less than 8 percent comes from renewable energy sources, Benson said. Jim Wimberly, president of the Foundation for Organic Resources Management in Fayetteville, told the joint committee that Arkansas has many available sources of unused alternative energy sources, such as chicken litter, sawdust and rice hulls. He said his nonprofit group is studying ways to convert chicken litter into energy that can be used to heat poultry houses and lower excessive levels of phosphorus — that comes from chicken litter — in drinking water. Currently, there are 2,700 poultry farms in Arkansas generating 480 tons of litter per farm each year, he said. "The potential for expanding this type of energy warrants your attention as you look at your energy options." Wimberly admitted to the committee that the research and technology needed to create litter-to-energy systems are at least two years away, mainly because of a lack of start-up capital. He said most of these projects need some type of government partnership or funding to be competitive with non-renewable energy sources. "Help us to reduce the risk," Wimberly said. Under Cleveland's bill, a 25 cents tax would be levied on every residential electric and gas meter each month. Additionally, commercial and industrial users would be charged 25 cents per \$1,000 of electric or natural gas use on each monthly bill. Cleveland estimates the tax, which would be collected by utility companies, would raise about \$2 million per year to finance an alternative fuels fund and establish a seven-person commission to oversee it. All money collected through the tax would be used by the commission to provide loans and grants to groups that are involved in alternative fuel research and renewable energy projects. "There are a lot of people in Arkansas doing things, but there is no focal point," Cleveland said of alternative energy research in the state. "I think that everyone agrees this needs to be done, but the issue is whether or not it can be funded or not." (Wesley Brown, Arkansas News Bureau, <http://www.arkansasnews.com>)

Autohersteller drängen in Paris auf "grüne Aktivitäten"

Die 13 führenden Autohersteller haben am 27. September auf der Autoausstellung eine gemeinsame Erklärung zur stärkeren Nutzung von dieselgetriebenen Fahrzeugen, der schnelleren Einführung von umweltfreundlicheren Treibstoffen und der weltweiten Harmonisierung von Richtlinien für Autoabgase abgegeben. Das Interesse der Autohersteller könnte teilweise entstanden sein, weil europäische, japanische und koreanische Firmen Vereinbarungen mit der EU getroffen haben, wonach der durchschnittliche CO₂-Ausstoß von Neuwagen bis 2008 signifikant vermindert werden soll. Mehr auf englisch:

In Paris, Car Makers Urge Green Action

The heads of 13 leading car companies recently issued a joint statement calling for the greater use of diesel fuel over gasoline-driven vehicles; more rapid introduction of greener fuels; and worldwide harmonization of technical rules for car emissions. The statement was released on September 27, 2002 after chief executives from European, Asian, and American car firms met at a major vehicle exhibition in Paris, France. The statement said that diesel is favored because of its "dramatically more efficient" fuel economy and lower carbon dioxide (CO₂) emissions. The car makers' interest could have been motivated in part by the need for European, Japanese, and Korean firms to meet pledges they made to the European Union to significantly cut average CO₂ emissions from new cars by 2008.

The chief executives agreed to push for early establishment of "global technical regulations" to harmonize a range of safety and environmental standards. They also said it was "essential" for car makers to "gather

support" for greener technologies such as hybrid electrics and fuel cells and to "convince customers to adopt these vehicles in large numbers." (TaxNewsOnline vom 08.10.2002)

Frankreich und Italien stellen sich Dieselmotoren-Steuerangleichung entgegen

Am 8. Oktober brachten Frankreich und Italien die Gespräche über eine Energiesteuerreform bei einem Treffen des europäischen Wirtschafts- und Finanzrats zum Erliegen, als sie sich einer vorgeschlagenen speziellen

Regelung für LKW-Diesel verweigerten. Diese Spezialregelung soll die Umwelt schützen und einen fairen EU-internen Markt bieten. Die EU-Mitgliedsstaaten sind gehalten, ihre Abgaben auf 330 € auf 1.000 Liter Diesel bis 2010 zu harmonisieren. Auch auf dem folgenden ECOFIN am 05.11.2002 leisteten diese Staaten Widerstand. Nun bleibt nur noch der ECOFIN am 03.12.2002 für eine Einigung unter dänischer EU-Rats-Präsidentschaft. Ob die folgende griechische EU-Rats-Präsidentschaft großes Engagement zeigen wird, gilt als sehr offen [A.d.R.]. Mehr auf englisch:

France and Italy Oppose Diesel Fuel Tax Harmonization

On October 8, France and Italy brought talks on energy tax reform to a halt at the European Union's Economic and Finance Council (ECOFIN) meeting when they refused to go along with a proposed phase-out of a special low-tax treatment of diesel fuel for truckers.

As part of an overall plan to implement an energy tax regime that protects the environment and promotes fair internal markets, the European Commission has been urging member states to gradually harmonize their duties at a rate of €330 (\$320.37 USD) per 1,000 liters of diesel by 2010. The new system would also set minimum rates for diesel, coal, natural gas, and electricity.

In contrast to France, Italy, and the Netherlands, the United Kingdom and Germany have duty rates well above the proposed minimum, so stand to lose substantial revenue if the energy tax harmonization plan is ultimately approved (TaxNewsOnline vom 17.10.2002).

New York verbessert Steuervorteile für Wasserstofffahrzeuge

New York verbessert das Steuerguthaben für Wasserstofffahrzeuge. Steuerzahler, die ein Wasserstofffahrzeug kaufen, bekommen nun pro Fahrzeug entweder eine örtlich festgelegte 2000\$ Konzessionssteuer oder eine Gutschrift bei der persönlichen Einkommenssteuer. Mehr auf englisch:

New York Revises Hybrid Vehicles Tax Credit

Under legislation enacted in New York on September 24, 2002, taxpayers who buy qualified hybrid vehicles are now eligible for a fixed \$2000 franchise tax or personal income tax credit per vehicle. The revision resolves the problem of consumers being required -- under the original law -- to claim the credit based on the cost of the hybrid vehicle's specific type of alternative fuel technology. This calculation proved difficult due to the lack of available technical information needed to figure the actual cost of equipping a car with alternative fuel technology (TaxNewsOnline vom 17.10.2002).

To get further informations: <http://assembly.state.ny.us/leg/?bn=A11749>

4. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE

Vier Schritte vor, drei zurück - Neues Ökosteuer-Gesetz in Bundestag eingebracht

Berlin 07.11.2002: Die rot-grüne Koalition hat heute den Gesetzentwurf zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform in den Bundestag eingebracht. Damit werden die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zum Abschmelzen der Ökosteuer-Ermäßigungen für das produzierende Gewerbe zum 1. Januar 2003 umgesetzt.

Das Gesetz zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform, Herbst 2002 - Details und Bewertung

1. Die pauschale Ökosteuer-Ermäßigung für das produzierende Gewerbe wird von 80 Prozent Ermäßigung auf 40 Prozent Ermäßigung reduziert. Diese Unternehmen zahlen in Zukunft also 60 Prozent der regulären Ökosteuer-Sätze.

BUND-Bewertung: Ein wichtiger Schritt nach vorne. Eine zentrale Forderung des BUND für die kurzfristige Anpassung der Ermäßigungen wurde damit erfüllt. Mittelfristig sollten allerdings nur noch die Unternehmen eine Ermäßigung erhalten, die besonders energieintensiv sind oder verbindliche CO₂-Minderungsziele im europäischen Emissionshandel haben. Siehe dazu das BUND-Ermäßigungsmodell.

2. Beim Spitzenausgleich für energieintensive Unternehmen werden in Zukunft bereits Ökosteuer-Zahlungen zurückerstattet, sobald sie die Senkung der Arbeitgeber-Beiträge zur Rentenversicherung nur um 1 Euro übersteigen. Bisher war das erst der Fall, wenn die Ökosteuer-Zahlungen um mehr als 20 Prozent über der Entlastung lagen. Allerdings werden in Zukunft nur noch 95 Prozent der Differenz erstattet; bisher waren es 100 Prozent. Im Ergebnis werden sehr energieintensive Unternehmen etwas zusätzlich belastet. Durchschnittlich energieintensive Unternehmen werden dagegen entlastet.

BUND-Bewertung: Ein Schritt nach vorne, einer zurück. Positiv ist, dass nun alle Unternehmen einen Grenzsteuersatz in Höhe von 5 Prozent der regulären Ökosteuer-Sätze erhalten und damit zusätzliche Anreize zum Energiesparen. Es gibt aber keinen Grund dafür, dass diese extrem hohe Ermäßigung bereits ab dem ersten Euro Nettobelastung gewährt werden müsste. Das ist ein herber Rückschritt. Folge ist, dass die Ökosteuer-Subventionen (insgesamt 3.800 Mio. Euro) anstatt der von der Koalition anvisierten 790 Mio. Euro um lediglich 380 Mio. Euro reduziert werden. Es wird sich noch zeigen, ob dieser Schritt der EU-Kommission ausreicht.

3. Erhöhung des Regelsatzes der Mineralölsteuer für Erdgas, bei einer Verwendung als Heizstoff, von 3,476 Euro auf 5,50 Euro je Megawattstunde (stärkere Orientierung am Energiegehalt), für Flüssiggas von 38,34 Euro auf 60,60 Euro je 1000 kg für schweres Heizöl von 17,89 Euro auf 25 Euro je 1000 kg. Effiziente Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK-Anlagen) sowie der Einsatz von Erdgas zur Stromerzeugung, wie zum Beispiel in Gas- und Dampfturbinen-Anlagen (GuD-Anlagen), sind von dieser Regelung nicht betroffen.

BUND-Bewertung: Die Anpassungsschritte orientieren sich am Primärenergiegehalt und entsprechen daher dem BUND-Konzept einer Primärenergiesteuer (Ziel: generelle Senkung des Verbrauchs fossiler Ressourcen). Es hätte aber gleichzeitig die Steuer auf leichtes Heizöl für die Gebäudeheizung angehoben werden müssen. Dies muss unbedingt 2004 nachgeholt werden.

4. Anhebung des ermäßigten Stromsteuersatzes für Nachtspeicherheizungen von 50 Prozent (10,20 Euro je Megawattstunde) auf 60 Prozent (12,30 Euro je Megawattstunde) des Stromsteuerregelsatzes. Auslaufen der steuerlichen Begünstigung am 31. Dezember 2006. Für Nutzer von Nachtspeicherheizungen wird ein Umrüstprogramm mit einer Laufzeit bis Ende des Jahres 2006 und einem Finanzvolumen von 10 Mio. Euro jährlich aufgelegt. Mehreinnahmen: ab 2003 jährlich 50 Mio. Euro, ab 2007 weitere 200 Mio. Euro jährlich.

BUND-Bewertung: Ein guter Schritt nach vorne. die Kombination mit dem Umrüstprogramm signalisiert, dass die Ökosteuer keine Strafsteuer ist, sondern Anreize für energiesparende Investitionen geben soll.

5. Aufkommensverwendung: Aus den Ökosteuer-Mehreinnahmen sollen 150 Mio. Euro jährlich für die Aufstockung der Förderprogramme zur Altbausanierung verwendet werden. Die weiteren Mehreinnahmen werden aber zur Haushaltskonsolidierung verwendet.

BUND-Bewertung: Ein Schritt vor, zwei zurück. Die Aufstockung der Förderprogramme für die Altbausanierung ist sehr positiv. Ärgerlich ist allerdings die Abkehr vom Prinzip der Aufkommensneutralität beim Großteil der Einnahmesteigerungen. Da gleichzeitig der Rentenbeitrag zum 1. Januar 2003 von 19,1 Prozent auf 19,5 Prozent ansteigt, hat die Bundesregierung das Grundkonzept der ökologischen Steuerreform - Energiekosten erhöhen, Arbeitskosten senken - mutwillig aufgegeben. Außerdem verschlechtert sich die soziale Balance der Reform weiter: Die

Unternehmen werden mit weniger als einer halben Milliarde zusätzlich belastet; die Privathaushalte hingegen mit ca. einer Milliarde.

Fazit

Der große Wurf bei der Ökosteuerverentwicklung war nach den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zunächst nicht zu erwarten. Der BUND wird deshalb weiter darauf drängen, dass im Jahr 2004 eine echte Ökosteuerverfortsetzung mit weiterer Anhebung der Steuersätze umgesetzt wird.

Nähere Infos unter <http://www.oeko-steuer.de>

5. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN

Kohlendioxid-Emission bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent vermindern

Die Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid können in Deutschland bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 vermindert werden. Das ist das Ergebnis einer Studie, die Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt heute vorgestellt haben.

"Um dieses Ziel zu erreichen müssen die erneuerbaren Energien konsequent weiter ausgebaut und insgesamt die Energie zukünftig effizienter genutzt werden. Vor allem aber: Dieses Ziel ist ohne Atomkraft erreichbar",

sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin.

Im Auftrag von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt hat das Wuppertal Institut gemeinsam mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Stuttgart, Langfristszenarien für eine nachhaltige Energienutzung in Deutschland untersucht. Das entwickelte Nachhaltigkeits-Szenario bis 2050 stellt eine umfassende Grundlage für die Energiezukunft Deutschlands dar, die sowohl ökologischen als auch ökonomischen Kriterien gleichermaßen gerecht wird. Die Studie untermauert die anspruchsvollen Ziele der Energiewende für Deutschland, wie sie bereits in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung formuliert sind. Danach soll zunächst der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis zum Jahr 2010 auf 12,5 Prozent verdoppelt und ihr Anteil am gesamten Energieverbrauch bis zum Jahr 2050 mindestens die Hälfte betragen.

"Die Quintessenz der Studie ist: Wir können in Deutschland Energie dauerhaft umweltgerecht nutzen und damit auch das Klima schützen. Es ist richtig und wichtig, den Anteil erneuerbarer Energien weiter zu steigern. Wir müssen aber auch beim Energiesparen und der effizienten Energienutzung mehr tun",

betonte der Präsident des Umweltbundesamtes, Andreas Troge. Die Studie fordert, dass der bevorstehende Ersatz veralteter Kraftwerke gezielt sowohl für die Erneuerbaren Energien als auch für eine deutliche Steigerung der Effizienz in der Energieumwandlung genutzt werden müsse. Dazu Trittin:

"Die gekoppelte Strom- und Wärmeerzeugung muss verstärkt zum Einsatz kommen, künftig auch in hocheffizienten Brennstoffzellen. Genau so wichtig ist es, mit der Energieeinsparung, insbesondere mit der Stromeinsparung, einen zusätzlichen und gleichrangigen Schwerpunkt in der Energiepolitik dauerhaft zu etablieren."

(BMU-Pressedienst Nr. 233/02, 16.09.2002)

Weltbank: Abgefackeltes Gas entspricht Verbrauch Deutschlands und Frankreichs

Eingesetzt in effizienten Kraftwerken könnte alleine das in Afrika abgefackelte Gas genug Energie liefern, um etwa die Hälfte des Energieverbrauchs des Kontinents zu decken, sagte ein führendes Mitglied der Weltbank, Peter Woicke, am Freitag beim Weltgipfel in Johannesburg. Woicke ist Chef der Internationalen Finanz-Korporation (IFC), einer Sonderorganisation der Weltbank.

Gemeinsam mit der norwegischen Regierung, den Ölkonzernen Shell und BP sowie der staatlichen algerischen Ölfirma Sonatrach stellte die Weltbank beim Gipfel eine Initiative zur Reduzierung des Gas-Abfackelns vor.

Die Mitglieder der Initiative präsentierten außerdem eine Studie dazu. Jährlich werden demnach der Untersuchung rund 108 Milliarden Kubikmeter Erdgas abgefackelt und damit verschwendet. Dabei entsteht das Treibhausgas Kohlendioxid. Außerdem könnte das Abfackeln Menschen und Umwelt in der näheren Umgebung schaden (http://www.vistaverde.de/news/Wirtschaft/0208/30_gasabfackeln.htm, 30.08.2002).

Grüne Zertifikate sollen den Massenmarkt von Ökostrom international erschließen

In St. Moritz fand am 5. und 6. September die 2. Europäische Green Power Marketing Konferenz statt. Diese in Europa einzigartige Konferenz führt hochkarätige Fachleute aus Elektrizitätswirtschaft, Politik, Marketing und Wissenschaft zusammen und etabliert sich als anerkanntes internationales Branchenforum auf dem im Wachstum begriffenen Gebiet der Vermarktung von Ökostrom oder Green Power Marketing. Die Konferenz zählt angesehene internationale Institutionen wie die International Energy Agency IEA und Eurelectric zu ihren Partnern. Über 100 Teilnehmer der Führungsebene wichtiger Unternehmen aus Europa, Asien und Australien belegten die strategische Bedeutung dieses jungen Marktsegmentes.

Der aktuelle Schwerpunkt im Konferenzprogramm - der Handel mit Zertifikaten für Strom aus erneuerbaren Energien (RECS) und der Markteintritt der großen europäischen Stromhändler in das Green Power-Geschäft, wurden von den Teilnehmern als wichtigste Faktoren für den Aufbruch in den Massenmarkt erachtet. In Europa wurden bereits 4.300.000 RECS-Zertifikate zu je 1 MWh ausgestellt, und der Handel verzeichnet erste interessante Geschäftsabschlüsse. Das Marktvolumen für RECS-Zertifikate wird von Branchenexperten als sehr bedeutend bezeichnet, was das Interesse des klassischen Stromhandels an diesem Geschäft erklärt.

RECS-Zertifikate fördern erneuerbare Energien auf einfache Weise und unter einheitlichen internationalen Rahmenbedingungen, indem der Umweltaspekt ("Greeness") von Strom aus erneuerbaren Quellen einen handelbaren, marktwirtschaftlichen Mehrwert erhält. Dies geschieht unabhängig von nationalen gesetzlichen Vorgaben und der grenzüberschreitenden, physikalischen Durchleitung.

Nebst den skandinavischen Ländern, Deutschland, Österreich, England und Irland, sind als erste Schweizer Elektrizitätsunternehmen das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich ewz und Rätia Energie erfolgreich im Handel mit RECS-Zertifikaten für den nationalen und internationalen Handel tätig und nehmen somit in der Schweiz erneut ihre Pionierrolle als Vermarkter von Ökostrom wahr (Eco-News, 08.10.2002).

<http://www.recs.org>

UN-Warnung: Ausbeutung der natürlichen Ressourcen gefährdet Erde

An den Folgen der Luftverschmutzung sterben nach Angaben der UN bereits jedes Jahr rund drei Millionen Menschen. Der Umgang mit der Umwelt müsse erheblich verbessert werden, heißt es in einem am Dienstag in New York veröffentlichten Expertenbericht, der sich an den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung richtet. Zu der mit rund 50.000 Teilnehmern bislang größten UN-Konferenz, die Ende August in Johannesburg beginnt, wollen mehr als 100 Staats- und Regierungschefs kommen.

Die Experten der UN-Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (UNDP) beklagen in dem Bericht «Globale Herausforderung, Globale Möglichkeit», dass heute bereits 40 Prozent der Erdbewohner unter Wassermangel litten. Zugleich stiegen durch die Erderwärmung die Meeresspiegel weiter an. 2,4 Prozent der Waldflächen der Erde seien in den 90er Jahren vernichtet worden. Viele Tier- und Pflanzenarten stünden kurz vor der Ausrottung.

Bei dem Weltgipfel hätten die Staats- und Regierungschefs der Welt die Möglichkeit, die Zukunft sicherer zu machen, indem sie den Weg zu einem sozialeren und umweltfreundlicheren Wirtschaftswachstums einschlugen, erklärte Nitin Desai, Generalsekretär der Konferenz.

Ohne Gegenmaßnahmen werde bereits im Jahr 2025 etwa die Hälfte der Weltbevölkerung unter schwerem Wassermangel leiden, vor allem in Nordafrika und Westasien. Die natürlichen Kapazitäten für die Lebensmittelproduktion würden Besorgnis erregend abnehmen, während die Bevölkerung der Erde weiter wachse.

Als Beispiel für eine nötige Trendwende verweisen die UNDP-Fachleute unter anderem darauf, dass bei der Bewässerung von Agrarflächen in weiten Teilen der Welt derzeit durch uneffektive Transportsysteme 60 Prozent des Wassers verloren gingen.

Ein wesentliches Problem, das in direktem Zusammenhang mit der exzessiven Ausbeutung der Erde stehe, sei die extreme Armut in vielen Gebieten der Erde. Die Johannesburg-Konferenz müsse sich deshalb auch dem UN-Ziel zuwenden, die schlimmste Armut bis zum Jahr 2015 deutlich zu mildern.

Hunderte Millionen von Menschen lebten von der Hand in den Mund, ohne zum Beispiel bei der Abholzung von Wäldern für eine Wiederaufforstung sorgen zu können, erläuterten UN-Fachleute. Armut sei auch eine Ursache für die Übernutzung von Agrarflächen, weil es vielerorts an Mitteln für den Bodenschutz fehle und so immer mehr Flächen der Verkarstung ausgeliefert seien.

In einer Reihe von Ländern hat es in den vergangenen Jahren laut UNDP allerdings auch Erfolge der nachhaltigen Entwicklung im kleineren Maßstab gegeben. Bemühungen um den Schutz der Ökosysteme, um die Eindämmung der Luftverschmutzung und um die Senkung der Kindersterblichkeit als Folge verschmutzten Wassers seien vielerorts verstärkt worden.

Doch diese Erfolge könnten nur gehalten und dauerhaft ausgebaut werden, wenn der Johannesburg-Gipfel (26. August bis 4. September) weltumspannende Aktionen beschließe, die dann auch weltweit verwirklicht werden müssten. Sonst werde der Niedergang auf vielen Gebieten anhalten und noch erschreckendere Ausmaße annehmen (http://www.vistaverde.de/news/Politik/0208/13_undp.htm, 13.08.2002).

Klima-Stillstands-Konferenz

Dem globalen Klimaschutz geht es derzeit etwa so wie der deutschen Ökosteuer: Beides wird von allen Informierten für richtig, nützlich und notwendig gehalten, aber beides stört die momentan sehr schonungsbedürftige Wirtschaft. Alle Informierten wissen natürlich auch, dass Klimaschutz im Allgemeinen und Ökosteuer im Besonderen langfristig der Wirtschaft nützt, dem Gemeinwesen sowieso, doch Vorsorge ist kein beliebtes Prinzip in Zeiten akuter Sorge. Und so quälte sich die Klimaschutzkonferenz in Neu Delhi bis Freitag dahin.

Seit der letzten Zusammenkunft hatte sich die Lage nicht geändert: die USA verweigern sich dem Kyoto-Protokoll, in dem sich Industriestaaten verpflichten, ihren Kohlendioxidausstoß zu senken, die Entwicklungsländer sehen sich mit ihren niedrigen Pro-Kopf-Emissionsraten noch lange nicht in der Pflicht und eine Staatengruppe um die EU wünscht ernsthaften Klimaschutz. Diese Positionen wurden in Neu Delhi noch einmal ausgetauscht, die bisherigen Abmachungen bestätigt.

Und genau darin soll man jetzt den Erfolg erblicken, weil in der Deklaration von Delhi das Kyoto-Protokoll Erwähnung findet. Sein bis zur Gasförmigkeit verdünnter Geist muss immer wieder beschworen werden, so flüchtig ist er. Obwohl es bis 2012 um nur 5,2 Prozent Emissionssenkung - gemessen vom Stand 1990 - geht, kann das Protokoll nicht in Kraft treten, weil Russland und Kanada seine Ratifizierung hinauszögern. Alles wartet und so wurde Neu Delhi eine Konferenz des Stillstandes (Berliner Zeitung, 02.11.2002).

Die offizielle Website der Konferenz findet sich unter: <http://unfccc.int/cop8/index.html>

Ein Hintergrundpapier des BMU zur Konferenz finden Sie unter:

http://www.bmu.de/download/b_klimakonferenz_dehli_hg.php

Wie lässt sich Nachhaltigkeit verwirklichen?

Nach Meinung europäischer Umweltexperten kann eine nachhaltige Entwicklung am schnellsten erreicht werden, wenn der Staat regelnd eingreift. Das Münchner Institut NFO Infratest hat im Auftrag des Dualen Systems Fachleute in zwölf europäischen Ländern zum Nachhaltigkeitsprinzip befragt. Diese halten Steuervergünstigungen und Verbote für wirkungsvoller als freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft oder den Handel mit Emissionsrechten. Dem Umweltschutz räumen die Befragten den höchsten Stellenwert ein und setzen dabei auf bessere Technologien und Umwelterziehung. Dies ist besonders bemerkenswert, da das Duale System Deutschland letztlich auf einer freiwilligen Selbstverpflichtung mit Ordnungsrahmen beruht [A.d.R.].

Für die Studie wurden 200 Personen aus Wirtschaft, Politik, Forschung und Verbänden befragt. Die Mehrheit beschäftigt sich hauptberuflich mit den Themen Umwelt oder Nachhaltigkeit.

Kontakt: Duales System Deutschland AG, Dr. Heike Schiffler, Frankfurter Straße 720-726, D-51145 Köln, Fon ++49/(0)2203/937-0, Fax -190, <mailto:pressestelle@gruener-punkt.de>

Download: Studie "Nachhaltiges Ressourcenmanagement in Europa"

<http://www.gruener-punkt.de/upload/download/Delphi-Broschuere.pdf>

Niveau der Luftqualität wird weiter verbessert - Neue Vorschriften ab heute in Kraft

Die Luftqualität in Deutschland wird noch weiter verbessert: Heute treten neue Luftreinhaltevorschriften in Kraft, mit denen schärfere bzw. neue Immissionsgrenzwerte eingeführt werden. Diese betreffen die Luftschadstoffe Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Blei sowie Feinstaub, Benzol und Kohlenmonoxid. Die Grenzwerte dürfen spätestens ab 2005 bzw. 2010 nicht mehr überschritten werden. Dazu sind - insbesondere bei Feinstaub und Stickstoffdioxid - Anstrengungen zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes sowohl in Anlagen als auch im Verkehr notwendig. Ferner wird die Information der Öffentlichkeit über die aktuelle Situation der Luftqualität weiter verbessert.

Mit den neuen Luftreinhaltevorschriften (7. Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Novelle der 22. Bundes-Immissionsschutz-Verordnung) werden die neuen Luftqualitätsrichtlinien der EU in deutsches Recht umgesetzt.

Die neuen europaweiten Luftqualitätsstandards beruhen vor allem auf deutschen Initiativen und gewährleisten den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt auf hohem Niveau. Weitere Regelungen für Ozon sind mit der neuen EU-Richtlinie vom Februar dieses Jahres in Kraft getreten. Eine weitere Richtlinie für polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, Kadmium, Arsen, Nickel und Quecksilber wird zur Zeit von der EU-Kommission vorbereitet (<http://www.bmu.de/presse/2002/pm241.php>, 18.09.2002).

Nach Kyoto: Möglichkeiten zur Klimaänderung wiederholt

Die Möglichkeiten, mit Treibhausgasen zu handeln wurden von der Internationalen Energie-Agentur(IEA) in einem von drei neuen Dokumenten über Klimaveränderung und dem Hintergrund des Kyoto-Protokolls hervorgehoben. In dem Dokument „Beyond Kyoto“ stellt die IEA fest, dass verschiedene Annäherungen an die Klimaveränderung von den verschiedenen Ländern angenommen und die am besten geeignete Kombination aus bester Technologie, Energieeffizienz und Eindämmung der Transportnachfrage ausgewählt werden sollte. Der Bericht betont, dass jede zukünftige Klimaveränderung alle Länder betrifft. Mehr auf englisch:

Post-Kyoto climate change options reviewed

Options for dealing with burgeoning levels of greenhouse gas emissions beyond the life of the Kyoto protocol have been outlined in one of three new documents on climate change, published by the International energy agency (IEA). The three documents are among a number being released by organisations in the run up to the eighth conference of the parties (COP-8) of the UN framework convention on climate change in New Delhi.

In "Beyond Kyoto", the IEA argues that different approaches to addressing climate change should be adopted in different countries, by choosing the most appropriate combination of better technology, energy efficiency measures and transport demand containment in each case. The report stresses that any future climate change agreement "must engage all countries", adding that there is a risk the contribution made to global emissions by developing countries may be underestimated.

Uncertainties about the cost of mitigation measures are "troubling the policy-making community" and consequently delaying progress, the report states. "The approach adopted in Kyoto inherently entails the risk of spending too much at the margin for too small an incremental environmental benefit," it warns. A mechanism meeting the need to set emissions targets "but qualifying them with a cap on price" could reduce the likelihood of over- or under-spending, it suggests.

Released at the same time were two further documents, one a compilation of policies taken by IEA countries to deal with climate change, and the other a breakdown of CO₂ emissions from fuel combustion between 1971 and 2000 (Environment Daily vom 17.10.2002).

Schlechte Nachrichten über CO₂ und Abfall in Norwegen

Norwegens Treibhausgasemissionen sind letztes Jahr um 2% auf den „höchsten Stand überhaupt“ gewachsen, berichtet das Nationale Statistik Büro (SSB) in seinem jährlichen Bericht über Umwelteinflüsse. Das SSB sieht die Hauptursachen für den CO₂-Ausstoß im Straßenverkehr, der Öl- und Gasförderung und in Produktionsabfällen der Eisenherstellung. Ein anderer entmutigender Trend liegt in der Überschussproduktion, die auf 8,5Mio Tonen wuchs. Und 50.000 Tonnen Sondermüll, beinahe 10% der insgesamt 631.000 Tonnen wurden illegal entsorgt, vermutet die SSB. Ein Lichtblick: Der Verbrauch von ozonschädigenden Chemikalien ist seit 1986 um 98% gefallen. Mehr auf englisch:

Bad news for CO₂ and waste in Norway

Norway's greenhouse gas emissions increased 2% last year, to the "highest level ever", the national statistics office (SSB) reports in its annual survey of environmental indicators.

The total increase since 1990 - the base year for Kyoto measurements - is now 8%, a far cry from the 1% Norwegian target under the Kyoto agreement. SSB identifies the main sources of carbon dioxide (CO₂) as road traffic, oil and gas extraction, industrial incinerators and process emissions from metal production.

Another discouraging trend was in waste generation, which rose to 8.5m tonnes, almost two tonnes per capita, in 2000. This represented an increase of about 13% since 1996. However, the proportion of waste recycled (including incineration for energy) was up by 22%, to 44% in 2000. Of 631,000 tonnes of special waste, SSB estimates that 50,000 tonnes, almost 10%, was disposed of outside official channels or is unaccounted for.

On the bright side, consumption of ozone-depleting chemicals is down 98% since 1986. "Norway has fulfilled its obligations... under the Montreal protocol and the EU regulation of 2000," states the report.

Another encouraging statistic is the 30% decline since 1985 in areas subject to acidification in excess of their "critical loads". However, "emissions from other countries in Europe now account for about 90% of the acid precipitation falling on Norway", which remains "one of the biggest environmental problems" for the country (Environment Daily vom 18.10.2002).

To get further informations: <http://www.ssb.no/vis/magasinet/analyse/art-2002-10-17-01.html>

Studie findet Schwankungen beim Handel mit Emissionsgutschriften

Laut einer neuen von der Weltbank und Natsource LLC in Auftrag gegebenen Studie wird sich die Menge des Emissionsgutschriften beim Emissionshandel bis Ende diesen Jahres im Gegensatz zu 2001 vervierfachen. Die Handelssysteme sind auf einem sog. „Cap and trade“-Modell aufgebaut. Jede Firma hat eine jährliche Quote der Menge an Emissionen, die sie ausstoßen könnte. Wenn eine Firma diese Grenze (Cap) übersteigt, kann es Emissionsguthaben von anderen Firmen kaufen, deren Schadstoffausstoß unter deren Jahresquote liegt (Trade). 2001 wurden 12 Millionen Tonnen CO₂ gehandelt. Mehr auf englisch:

Study Finds Emissions Credit Trading Surging

According to a new study conducted by the World Bank and Natsource LLC, a New York-based trading firm, the volume of global trading of emissions credits may quadruple by the end of this year as compared to 2001. The increase comes as companies anticipate the likely ratification of the Kyoto Protocol on climate change and other regulatory systems in the next few years, which will restrict their output of carbon dioxide and other greenhouse gases, said Natsource president Jack Cogen. "If you're a company and you're looking toward the future, you may see a large liability looming," Cogen said.

Trading systems for reducing greenhouse gases are based on the cap-and-trade model, in which each company has an annual quota on the amount of emissions it may emit. If a company exceeds its cap, it may buy emissions credits from other companies whose emissions levels fall below the quota. European companies have led the surge in trading, where 5,000 companies face new controls from regulations starting in 2005. European trading systems are based on credits according to carbon dioxide emissions. In 2001, 12 million metric tons of carbon were traded. This year, the World Bank estimates that credits for 67 million metric tons will be traded. The Paris-based International Energy Agency has estimated that energy-related emissions trading of carbon dioxide amounted to 21 billion metric tons in 2000. One

metric ton equals 2,204.6 pounds.

While European firms are largely responsible for the dramatic increase in trading, some U.S. companies with global operations are also involved (TaxNewsOnline vom 08.10.2002).

6. BUCHBESPRECHUNG: „DER KLIMA-GAU“

„Der Klima-Gau – Erdöl, Macht und Politik“ – Eine Rezension von Andreas Sauter

Ross Gelbspan: *„DER KLIMA-GAU – Erdöl, Macht und Politik“*, Gerling Akademie Verlag 1998

Kommentar:

Schon wieder ein Buch zum Klima? Was soll da Neues rauskommen? Der Untertitel weist den Weg. Auch wenn die Fülle der Beispiele zur Klimaveränderung nett zu lesen sein mag, der eigentliche Wert des Buches liegt angesichts einer Vielzahl anderer Publikationen meines Erachtens woanders. Der umweltpolitisch interessierte Leser kennt Klima-Folgen ganz gut, ist aber frustriert, dass die internationale Diplomatie im Gegensatz zur Ozonproblematik nur bedingten Erfolg gegen den menschlich induzierten Treibhauseffekt verzeichnen kann. Warum ist das so?

Man stelle sich vor, amerikanischen Wissenschaftlern der Tabakindustrie, die Rauchen für ungefährlich halten, würde genauso viel Aufmerksamkeit gewidmet, wie führenden Lungenmedizinern. Undenkbar? Ja. Aber auf anderem Gebiet eben nicht. Obwohl die Wissenschaftler-Gemeinde bei der Erderwärmung genauso einmütig urteilt, ist in der Öffentlichkeit (in Deutschland womöglich graduell weniger als in Amerika) der Eindruck entstanden, die Meinungen darüber gingen weit auseinander. Ein schöner Vergleich.

Tatsächlich geht es nicht nur um wissenschaftliche Debatten, sondern sind auch machtpolitischen Konstellationen von Interesse. Und genau diesen Faktor arbeitet Ross Gelbspan auf. Er zeigt, wie es der mächtigen Kohle- und Erdölindustrie gelungen ist, mittels gezielter Lobby-Arbeit Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung zu nehmen. Aber nicht nur das, schlimmer noch: Mit gesponsorten Experten konnte sogar eine Reduzierung der Mittel für die wissenschaftliche Untersuchung der Klimaänderungen erreicht werden. Strategisch geschickt wurden Interessenkonflikte genutzt, um den UN-Nachfolge-Konferenzen zu Rio einen Erfolg zu verwehren.

Die geschilderten Folgen des sich abzeichnenden Klima-Gaus sind nicht neu und werden recht blumig ausgemalt. Ich teile aber die Ansicht voll, dass man nicht genug betonen kann, dass es nicht nur um Ökosysteme oder ähnlich abstrakte Dinge geht, sondern dass der Gesellschaft vor Augen geführt werden muss, dass nicht weniger als unsere kulturellen, sozialen und politischen Freiheiten auf dem Spiel stehen. Es geht nicht um idealistische Schmetterling-Fans, es geht um uns.

Es ist löblich, dass der Autor auch einen Versuch unternimmt, Lösungen zu erarbeiten. Seinen Vorschlag einer Regulierung der Energiebranche halte ich jedoch für weltfremd. Da glaube ich den FÖS auf einem realistischeren Weg.

Fazit:

Ein spannender Wirtschaftskrimi.

Autor:

Ross Gelbspan ist Journalist und Pulitzer-Preisträger. Seit 1979 fungiert er als Redakteur und Herausgeber des Boston Globe.

Ergänzender Lesetipp:

Die unglückliche Rolle der Medien, die einen unter Experten in der Breite nicht vorhandenen Streit in der Wissenschaft um den Klimawandel suggeriert, wird in dem Artikel von Stefan Rahmstorf wunderbar beschrieben: "Flotte Kurven, dünne Daten - Im Medienstreit um den Klimawandel bleibt die Wissenschaft auf der Strecke": http://www.zeit.de/2002/37/Wissen/200237_n-klimadebatte.html

Ausblick und Rückblick:

In der nächsten Ausgabe wird Andreas Sauter „Ökonomie für den Menschen“ von Amartya Sen rezensieren. Lesen Sie auch die Besprechung von Hans-Jochen Luhmanns „Die Blindheit der Gesellschaft – Filter der Risikowahrnehmung“ unter <http://www.foes-ev.de/2newsmit/newsarchiv/oekosteuernews12.html>, „Zukunftsfähiges Deutschland“ unter <http://www.foes-ev.de/news13/6artikel1.html> und „No Logo!“ unter <http://www.foes-ev.de/2newsmit/newsaktuell/newsaktuell.html>.

Zum Verfasser dieses Artikels:

Andreas Sauter ist seit März 2002 Vorstandsmitglied und Schatzmeister des FÖS. Beruflich ist der Dipl.-Mathematiker und Aktuar DAV als Vorstandsassistent bei der Münchener Rückversicherung tätig.

7. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER

„Ich finde Ihren Newsletter hoch informativ und teilweise sehr spannend.

Allerdings sehe ich mich auch regelmäßig überfordert aufgrund der Informationsfülle. Ich vermute, dass ich da nicht alleine bin.

Um ihn etwas "leichter verdaulich" gestalten, wäre es besser, ihn auf weniger (etwa sieben Punkte) zu beschränken und ihn dafür öfter zu verschicken. Man könnte sich vielleicht dann auch besser an die Inhalte erinnern.“ (M.E. aus Sinzing)

„Das Schwarzbuch Nr. 30 vom "Bund der Steuerzahler" ist heute, 1.10.2002, veröffentlicht worden!

Bei mir sind 67 Seiten von den Verschwendungen zu lesen - über meine Haupt-Webseite (<http://www.NorbertLang.de>) zu erreichen.“ (Norbert Lang aus Langenfeld)

„Ob der Titel, der hauptsächlich deutsche Beiträge bringt, gerade "News" heißen sollte, möchte ich sehr bezweifeln. Allerdings ist der Titel inzwischen geläufig, deshalb wäre eine Änderung ungünstig.

Nun die Zustimmung: Ich finde Ihre News ansprechend und klar formuliert für einen Überblick des nicht professionellen Interessenten. Besonders möchte ich anerkennen, dass das Öffnen der E-Mail bei mir anstandslos klappt und schnell verfügbar ist. Bei vielen anderen Anlagen, sucht man mühsam und oft vergeblich das passende Anwendungsprogramm.“ (K.K. aus Stuttgart)

Leserbrief zu den Berichten und Kommentaren zur Krise der Granitindustrie im bayerischen Wald in der PNP vom 12. Nov. 02:

„Ich halte es für falsch, die großen Probleme der heimischen Granitindustrie als Teil eines unvermeidlichen Strukturwandels abzutun. Jeder, der einmal Granit mit den eigenen Händen verbaut hat, weiß, dass dieses Naturmaterial unglaublich schwer ist. Wenn es trotzdem möglich ist chinesischen Granit bei uns billiger zu verkaufen als bayerischen, so mag das zum Teil an den viel höheren Arbeitskosten bei uns liegen. Zum wesentlich größeren Teil liegt es aber an geradezu lächerlichen Preisen für einen Transport der Steine um den halben Globus. Sie werden durch steuerfreies Schweröl für die Hochseeschiffe genauso subventioniert wie die viel zu geringe Besteuerung der schweren Lkws (ein einziger schädigt die Straßen so wie viele tausend Pkws). Straßenschäden und Krankheitskosten, die durch den ausufernden Verkehr entstehen, werden sozialisiert und damit von allen bezahlt. Es ist deprimierend, dass Instrumente wie Ökosteuer und Lkw-Maut, die diesem Wahnsinn entgegensteuern und auch den Granitbetrieben helfen würden, von den ostbayerischen Politikern, Unternehmern und Medien mehrheitlich blind bekämpft, anstatt sinnvoll weiterentwickelt werden.“

(Gunther Willeitner, Passau)

„Da ich in ca. 2 Wochen in Urlaub fahre, hier noch ein „Lebenszeichen“ von mir.

Nach dem wohl etwas mageren Inhalt des Koalitionsvertrages bezüglich der Ökosteuer (wie die

„Überprüfung“ in 2004 ausfallen wird, kann man sich denken) bin ich gespannt, wie sich der FöS jetzt positioniert. Ich ahne, dass wieder einiges an Arbeit auf uns zukommt (!?).

Ihnen und dem ganzen FÖS-Team zum Ende des Jahres alles Gute und sehr freundliche Grüße.

P.S.: Als „aktives“ FÖS-Mitglied möchte ich mich außerdem für die bisher in 2002 geleistete Arbeit *bedanken* (das Eintreten für die Ökosteuern bringt ja nicht nur Freude). (H.C., Düren)

8. KURZMELDUNGEN

Ökologie braucht einen Kick

Wie kann man im Privathaushalt, aber auch in Institutionen Geld sparen und gleichzeitig die Umwelt schützen? Das Projekt "Öko-Kick" gibt dafür wertvolle Anregungen. In einem ersten Testlauf erhielten 20 Haushalte eine maßgeschneiderte Beratung über ökologisches Verhalten in den Bereichen Energie, Mobilität und Konsum. Auch für Institutionen und Organisationen bietet Öko-Kick mehrmonatige Programme an (News Nachhaltigkeit, 24.10.2002).

<http://www.oeko-kick.de>

Wege zum umweltgerechten Verkehr

Technische Neuerungen reichen nicht aus, um ein umweltverträgliches Verkehrssystem zu gewährleisten. Das ist eines der Ergebnisse aus der aktuellen Broschüre "Dauerhaft umweltgerechter Verkehr" des Umweltbundesamtes. Sie stützt sich auf die deutsche Fallstudie des internationalen Projektes "Environmentally Sustainable Transport" der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Um einen nachhaltigeren Verkehr zu ermöglichen, seien auch strukturelle Verbesserungen notwendig, wie zum Beispiel im Rahmen einer regionalen Wirtschaftsförderung. Außerdem gelte es, ökonomische Anreize zu schaffen, etwa in Form einer fahrleistungsabhängigen LKW-Maut.

Bezug der kostenlosen Broschüre unter: <http://www.umweltbundesamt.de>

Ernst Ulrich von Weizsäcker neuer Vorsitzender des Umweltausschusses

Unser FÖS-Beirats- und Gründungsmitglied und Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Ulrich von Weizsäcker wurde am Mittwochabend zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gewählt. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bei der Verteilung der Parlamentsfunktionen erneut den Zugriff auf dieses Amt erhalten.

Von Weizsäcker erklärte, er wolle einen betont kooperativen Führungsstil im Umgang mit allen Fraktionen pflegen. Er werde zudem versuchen, noch stärkeres Gewicht als in der vergangenen Legislaturperiode auf die internationale und ressortübergreifende Umweltpolitik (z.B. Verkehr, Landwirtschaft, Finanzen) zu legen, so von Weizsäcker.

9. SERVICE: JOBS

Ökojobs

- Neues Gesetz für FSJ und FÖJ - jetzt auch als Ersatz für den Zivildienst möglich!
- 1000 zusätzliche Plätze in den Freiwilligendiensten. In den deutschen Hochwassergebieten sollen insgesamt 1000 neue Freiwilligendienstplätze eingerichtet werden. Interessierte Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahren können sich bei lokalen Sozialen Einrichtungen und Umweltorganisationen bewerben.
- "Netzwerk Recherche" vergibt Recherche-Stipendien zu Umweltthemen (Eco-News, 08.10.2002)

<http://www.oekojobs.de/>

Centre for Sustainability Management (CSM) der Uni Lüneburg

Ab sofort eine Stelle für wissenschaftliche Mitarbeiter/in im Bereich Finanzierung des nachhaltigen Unternehmertums im Handwerk zu besetzen.

Zur raschen Besetzung einer kurzfristig bewilligten Stelle wird eine wissenschaftliche Mitarbeiterin/ein wissenschaftlicher Mitarbeiter gesucht.

Voraussetzungen und Erwartungen

- Abgeschlossenes Studium in Wirtschaftswissenschaften/BWL oder in Umweltwissenschaften mit mindestens gutem Diplomabschluss
- Schwerpunkt/Interesse an Unternehmensfinanzierung, Finanzmarkttheorie, sustainable Finance, KMU und Umweltmanagement/betriebliche Umweltökonomie
- Bereitschaft, einen überdurchschnittlich hohen Arbeitseinsatz zu leisten
- Grosse Selbständigkeit und Fähigkeit, sich in Forschungsteam zu integrieren

Arbeitsbereich

- Mitarbeit an einem Forschungsprojekt zu Finanzierung des nachhaltigen Unternehmertums im Handwerk
- Arbeitsbereiche Unternehmensfinanzierung, Risikofinanzierung, sustainable Finance und Finanzmarkttheorie
- Mitarbeit im Rahmen unterschiedlicher Lehrstuhl-tätigkeiten

Geboten wird

- 50% wissenschaftliche Mitarbeiterstelle ab sofort (vorerst auf 10 Monate mit Verlängerungsmöglichkeit auf 3 Jahre)
- Gehalt nach universitätsüblichem Ansatz (BAT IIa)
- Möglichkeit der Promotion
- Arbeitsplatz und universitäre Infrastruktur
- Motiviertes und außergewöhnlich engagiertes Team (12-15 Personen)

Interessentinnen und Interessenten werden gebeten, ihren Lebenslauf, Zeugniskopien und eine Kopie der Diplomarbeit an Prof. Dr. Stefan Schaltegger, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Umweltmanagement, Scharnhorststr. 1, D-21335 Lüneburg, zu faxen.

10. SERVICE: LINKS

Nonprofit Archiv

Wissen und Information bietet das neu erschienene Nonprofit-Archiv. Alle wichtigen und interessanten Beiträge der letzten 12 Ausgaben von *Verein & Management* und *Fundraising Magazin* wurden überarbeitet und zu folgenden fünf Themen zusammen gefasst: Fundraising, Management, Ehrenamt, Controlling, Informationstechnologie.

Sie finden Beiträge von bekannten Fachautoren z.B. Hans-Willy Brockes, Thomas Eisenreich, Jörg Gattenlöhner, Prof. Dr. Werner Heister und Annette Zimmer.

Zu bestellen zum Preis von 35,- EUR unter

<http://www.nonprofit.de/buchverlag/angebot.asp?Nummer=1218&KN=311917>

Jahrbuch Ökologie 2003

Das Jahrbuch Ökologie

- informiert über die ökologische Situation und die Belastungstrends in den verschiedenen Bereichen der natürlichen Umwelt

- analysiert und kritisiert die staatliche Umweltpolitik
- bringt einen Disput zu einem wichtigen umweltpolitischen Thema
- dokumentiert historisch bedeutsame, umweltbezogene Ereignisse und Initiativen
- beschreibt positive Alltagserfahrungen und entwirft Visionen für eine zukunftsfähige Welt
- wendet sich an eine sensible Öffentlichkeit, die sich der Umweltkrise bewusst ist und nach tragfähigen Alternativen im Umgang mit der Natur sucht
- ist einem breiten Ökologiebegriff verpflichtet, der im Alltag verankert ist und das Verhältnis von Mensch und Natur, von Gesellschaft und Umwelt umfasst.

Das Jahrbuch Ökologie wird herausgegeben von Günter Altner, Heike Leitschuh-Fecht, Gerd Michelsen, Udo E. Simonis und Ernst U. von Weizsäcker. Die Reihe erscheint seit ihrem Beginn 1992 im Verlag **C.H. Beck**, München. Die Jahrbücher sind in jeder guten Buchhandlung erhältlich. Weitere Informationen unter <http://www.jahrbuch-oekologie.de>.

Integrierte Produktpolitik

Das Buch „Integrierte Produktpolitik“ ist ein Kompendium der produktbezogenen Umweltpolitik, das – ohne auf weitreichende ökologische Ambitionen zu verzichten – die Machbarkeit einer staatlich konzeptionierten und moderierten, aber von einer Vielzahl von Akteuren getragenen und umgesetzten integrierten Produktpolitik unter Beweis stellt. Nach der erfolgreichen, aber an ihren Grenzen angelangten prozessbezogenen Umweltpolitik wird damit die notwendige zweite Stufe des ökologischen Umbaus der Marktwirtschaft eindrucksvoll instrumentiert.

Bestellmöglichkeit im Internet unter <http://www.metropolis-verlag.de/forms/bestell.html> oder schriftlich beim Verlag: Metropolis Verlag, Bahnhofstr. 16a, D-35037 Marburg. 426 Seiten, ISBN 3-89518-387-3, 32,80 €

ASUE: 25 Jahre aktiv für eine umwelt- und ressourcenschonende Energieversorgung

Die ASUE Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch e.V. wurde 1977 gegründet. Sie fördert vor allem die Weiterentwicklung und weitere Verbreitung sparsamer und umweltschonender Technologien auf Erdgasbasis. Dabei ist es vorrangiges Ziel, Energiespartechiken den Weg in die praktische Anwendung zu ebnen.

<http://www.asue.de>

Umweltbranchenbuch - die Grünen Seiten

Die Gelben Seiten kennt jeder - aber die Grünen Seiten? Ein Umweltbranchenbuch, in dem ökologisch orientierte Unternehmen aus Handel, Handwerk, Medizin, Industrie und Verbänden ihre Dienste offerieren, hat der Deutsche Umweltverlag ins Internet gestellt. Die Suche nach dem passenden Dienstleister kann wahlweise nach Branche, Bundesland oder Postleitzahl erfolgen.

Das Deutsche Umweltbranchenbuch finden Sie unter <http://www.umweltelite.de>

Weitere Umweltadressen finden Sie unter <http://www.eco-address.de/>

Klimaschutz leicht gemacht

Wie Verbraucher in ihrem Alltag zum Klimaschutz beitragen können, erfahren sie jetzt im Rahmen der "Aktion Klimaschutz". Die bundesweite Informationskampagne der Deutschen Energie-Agentur (dena) startete anlässlich der Europäischen Woche der Mobilität und wird vom Bundesumweltministerium sowie der Deutschen Bahn AG unterstützt. Anhand praktischer Tipps zeigt sie, welche Einsparpotenziale für das Treibhausgas Kohlendioxid bestehen und wie sie erschlossen werden können. Einen Schwerpunkt bildet dabei die nachhaltige Mobilität. "Für das globale Problem des Klimawandels gibt es nicht die eine große Lösung", erläutert Kristina Steenbock, Geschäftsführerin der dena. Vielmehr würden die Verbraucher mit ihren Kaufentscheidungen, mit der Wahl des Verkehrsmittels und dem bewussten Umgang mit Energie die Klimabilanz beeinflussen.

Kontakt: Deutsche Energie-Agentur, Chausseestraße 128a, D-10115 Berlin, Fon ++49/(0)30/7261656-57, Fax -99

Weitere Informationen zur Kampagne: <http://www.aktion-klimaschutz.de>

11. SERVICE: VERANSTALTUNGEN

14.11.2002, Köln-Gürzenich: 2. Fachtagung „50 Solarsiedlungen in NRW“

Drei nordrhein-westfälische Landesministerien und die Landesinitiative Zukunftsenergien NRW engagieren sich seit 1997 im Projekt „50 Solarsiedlungen in NRW“. Ziel ist es, das solare Bauen nicht nur in Einzelbauten, sondern verstärkt im Siedlungsbau voranzubringen und umzusetzen. Mittlerweile konnten fünf Siedlungen fertig gestellt werden, weitere neun sind im Bau. Die Tagung soll über den aktuellen Projektstand informieren.

Nähere Informationen finden Sie unter <http://www.energieland.nrw.de/f-termin.htm>

Ansprechpartner für das Projekt:

Andreas Gries, Landesinitiative Zukunftsenergien NRW, c/o Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport NRW, Elisabethstr. 5-11, 40217 Düsseldorf, Tel.: 0211/3843-531, Fax: 0211/3843-637

18.11.-19.11.2002, Potsdam: Biogas und Energielandwirtschaft

In Zusammenarbeit mit EUROSOLAR, ETI Brandenburg und dem Fachverband Biogas e.V. veranstaltet die Potsdam Eco Naturgas Handels GmbH und das ATB in Potsdam am Mo. und Di, 18. und 19. November 2002 in der IHK Potsdam eine 2-tägige Tagung zu Grünem GasTM und Energielandwirtschaft. Auf der Tagung werden europaweit erstmalig Potentiale und Energieerträge von Energiepflanzen innerhalb selektiver Erntestadien, die nasse Gaswäsche als Gasaufbereitungstechnologie, neue Energiedienstleistungen, Anforderungen an die Einspeisung aus DVGW und rechtlicher Sicht, und als Höhepunkt Ökobilanzen der gesamten Verfahrenskette von der Landwirtschaft bis zum Grünen GasTM in Haushalten (Brennwertthermen, Brennstoffzellen) und im Verkehr in einem neuen und innovativen Gesamtzusammenhang vorgestellt. Vergleichende Energie- und Ökobilanz der Treibstoffe Biogas und flüssiger Biotreibstoffe oder fossiler Treibstoffe werden vorgestellt. Ist die Stromeinspeisung vor Ort besser als die Verwertung von Grünem GasTM nach Einspeisung in das Gasnetz? Von den Teilnehmern werden viele Fragen und eine spannende Diskussion erwartet. Nähere Informationen sowie das Programm der Tagung finde Sie unter:

<http://www.eurosolar.org/konferenzen/konfind1.html>

25.11.2002, Wien: „Networking für Harmonisation of a European Environmental Fiscal Reform“

Eine Ökologische Steuerreform wird seit langem in Europa diskutiert. Ein Konsens wurde bis heute nicht gefunden. Im Rahmen der Konferenz referieren internationale Experten zum Thema Ökologische Steuerreform zum aktuellen Stand und mit Abschätzung der Zukunftsperspektiven. Diese Diskussion soll die Implementierung einheitlicher Standards in Europa und den Beitrittsländern fördern. Sie findet zeitlich passend einen Tag nach den österreichischen Neuwahlen statt.

Veranstalter: Lebensministerium und ÖGUT

Nähere Informationen sowie das Programm der Veranstaltung finden Sie unter: <http://www.oegut.at>

25.-26.11.2002, Oberhausen: Tagung „Was tanken wir morgen?“

Die Fachtagung in Oberhausen gibt einen Überblick über den technischen und politischen Sachstand bezüglich der Biokraftstoffe und will Aktionen in der nordrhein-westfälischen Politik und Wirtschaft initiieren.

Nähere Informationen finden Sie unter <http://www.energieland.nrw.de/f-termin.htm>

Ansprechpartner für das Projekt:

Leonhard Thien, Außenstelle der Landesinitiative Zukunftsenergien NRW, c/o Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW, Schwannstraße 3, 40476 Düsseldorf, Telefon: 02 11 /45 66-6 71, Telefax: 02 11 /45 66-4 25

26.11.-27.11.2002, Grevenbroich: „Windtech“

Die Windtest Grevenbroich GmbH lädt im November zur nunmehr dritten Fachtagung „Windtech“ nach Grevenbroich bei Düsseldorf ein. Am 26. November können Teilnehmer vormittags in einer zweistündigen Exkursion - kostenlos- das Windtestfeld Grevenbroich besichtigen, das das größte Testgelände für Windenergieanlagen im Binnenland ist und acht ausgewiesene Plätze für Windkraftanlagen mit einer Leistung von 600 bis 2500 Kilowatt aufweisen kann. Am gleichen Tag finden ab 14 Uhr zwei Workshops (Teilnahmepreis je 75 Euro zzgl. MwSt.) zum Thema „Planungsrechtliche Aspekte, Verfahren und Urteile“ und zum Thema „Qualitätssicherung bei Konstruktion, Fertigung, Montage und Betrieb“ statt. Ab 19 Uhr steht dann der „Begrüßungsabend“ mit Vertretern des Landes Nordrhein-Westfalen, der Kommune und des Veranstalters an. Für den 27. November bietet die Windtest Grevenbroich GmbH einen ausgesprochen vielfältigen Vortragstag (Teilnahmepreis 275 Euro zzgl. MwSt., mit Vorabendempfang 300 Euro zzgl. MwSt.) an: „Windparks in Europa“, „Repowering im Binnenland“, „Betriebsbegleitende Messungen für die Ermittlung einer Restlebensdauer“, „Anforderungen an Fehlerfrüherkennungssysteme aus Sicht der Versicherer“ lauten nur einige der Themen das ganztägigen Vortragsprogramms. Parallel dazu findet während der zweitägigen Veranstaltung eine begleitende Fachaussstellung im „Alten Schloss“ statt. Information: Windtest Grevenbroich GmbH, Frau Dipl.-oec.troph. Fabiola Sorger, Frimmersdorfer Str. 73, 41517 Grevenbroich, Tel. 02181/2278-18, Fax-11, <http://www.windtech.de>

09.12.2002, München: „Taxes matter!“

Innerhalb der Interdisziplinären Dialoge in der Ludwig-Maximilians-Universität München findet am 09.12. um 19:00 eine Veranstaltung zum Thema „Taxes matter!-Wie reagieren die Steuersysteme Europas auf die Globalisierung?“ mit Christine Scheel und Prof. Franz Wagner statt.

<http://www.khg.uni-muenchen.de/hoerschulforum/rechtsunten.htm#global>

10.12.2002, Essen: „Die Ökosteuer: Medizin für die Umwelt – Gift für die Wirtschaft?“

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

In diesem Forum soll das Konzept der Ökosteuer aus ökonomischer Sicht beurteilt und die Auswirkungen der Steuer auf die Umwelt und auf die Wirtschaft gegeneinander abgewogen werden.

Der Referent Bernhard Hillebrand ist im Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung für den Bereich Energie und Umwelt zuständig. Seine Forschungsgebiete sind neben Öko-Steuern auch andere Instrumente der Klimapolitik wie Emissionshandel, das Monitoring zur Klimavereinbarung der Deutschen Wirtschaft sowie die Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte.

Unter folgender Adresse kann das Programm auch als PDF-Datei heruntergeladen werden:

<http://fhh.kirchensite.de/pdf/02-833.pdf>

05.06.-07.06.2003, Sydney/Australia: The Fourth Annual Global Conference On Environmental Taxation Issues, Experience And Potential

The Department of Business Law and the Centre for Environmental Law, of the Division of Law, Macquarie University are delighted to host the Fourth Annual Global Conference on Environmental Taxation in Sydney, Australia.

This annual conference provides an international, interdisciplinary forum for the exchange of ideas, information and research on environmental taxation issues.

Persons wishing to present papers or to participate in the conference are invited to register.

Information about the conference program, and registration details are available at:

<http://www.law.mq.edu.au/eti>

Deadlines:

Abstracts:	29 November 2002
Final Papers:	14 March 2003
Conference Registration:	9 May 2003
Early Conference Registration Discount Rate:	28 March 2003

Hotel Reservation (special rates):

4 April 2003

For More Information ...please contact:

Mr Hope Ashiabor, Macquarie University, Division of Law, Sydney, NSW 2109, AUSTRALIA

Telephone: +(61)-2-9850 8457, Facsimile: +(61)-2-9850 9952, Email: <mailto:hope.ashiabor@mq.edu.au>.

12. FÖS: IN EIGENER SACHE

Förderzusage der EU

Endlich haben wir es auch schriftlich: die EU hat unser Projekt, eines zweimonatlichen englischen Newsletters für förderwürdig befunden! Thema wird wie auch beim deutschen die Ökologische Finanzreform sein, allerdings mit einem stärkeren Fokus auf die EU und die Mitgliedsstaaten. Das Projekt werden wir gemeinsam mit Partnern aus Österreich, Ungarn und Dänemark durchführen. Im Januar sollen die ersten „Green Budget News“ erscheinen.

Haben Sie eine neue Adresse oder Email?

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Forschen nach korrekten email-Adressen oder Postanschriften, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder andere wichtige aktuelle Mitteilungen zu verpassen!

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newslettern sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 3740.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützten. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter

<http://www.foes-ev.de/9kontakt/index.html>.

Wie kann der Newsletter noch besser werden?

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-Hinweise oder Links, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr (<mailto:foes@foes-ev.de>).